



KRIEG

Norbert Nelte

Somalia, Bosnien, Ruanda, Irak - Boten der "Vorkriegszeit"

(IS 2 - 11/1994)

Die Nachkriegszeit in den 50er, 60er und der ersten Hälfte der 70er Jahre war geprägt von einem Wirtschaftswachstum und Kriegen der imperialistischen Länder um die vorderen Plätze im Konzert der Monopole. Die Vorkriegszeit seit dem Ende der "Wirtschaftswunder"-Ära ist geprägt von Kriegen, in denen die Monopole um's Überleben überhaupt streiten. Norbert Nelte beleuchtet die treibende Kraft der Kriege.

-Norbert Nelte -

Tagtäglich werden uns Berichte von Kriegsschauplätzen übermittelt, und dabei wird ständig suggeriert, daß diese Kriege wie Naturkatastrophen über uns gekommen seien. Allenfalls wird noch gesagt, daß die "Einheimischen" nicht in der Lage wären, friedlich zusammenzuleben und "wir" (WIR) nun die Zankhähne auseinandertreiben müßten.

Nur, die Wahrheit sieht genau anders herum aus. Mit nicht beeinflussbaren Schicksalen haben all diese Kriege nichts zu tun und sie waren genausowenig im Interesse der betroffenen Bevölkerung hatte diese Kriege genausowenig gewollt. Die herrschende Klasse in den Metropolen - das internationale Kapital - betreibt gemeinsam mit den örtlich Herrschenden das böse Spiel nach der Logik: "Leichen für den Profit!".

Das Kapital muß ständig expandieren, muß seine Rohstoff- und Absatzmärkte ausweiten, um überleben zu können. Das angelegte Kapital muß einen für die Kapitalisten "akzeptablen" Profit bringen, sonst werden sie nicht mehr in die arbeitsplatzschaffende Produktion investieren. Das Problem des "Konkurrenzkapitalismus" ist der Kapitalüberschuß und die Überproduktion. Die Monopole sind daher ständig aggressiv weltweit auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten.

Die Konkurrenz zwischen den Monopolen verschärft sich zusehens. Mit der Konkurrenz wird um Absatz- und Rohstoffmärkte gekämpft. Im Imperialismus spielt dabei der Staat eine immer größere Rolle. Mit seinem Militärpotential besitzt er zusätzliche Argumente, die für den Kauf der Waren "seiner" Kapitalisten spricht.

Gleichzeitig fällt tendenziell die Profitrate. Heute liegt sie mit durchschnittlich 3 bis 5% bereits so niedrig, daß es für das Kapital immer schwieriger wird, profitable Anlagemöglichkeiten zu finden. Wenn weltweit in dem gleichen Maße die Profitrate fällt, ist ihre relative Höhe für die "Altkapitalisten" nicht ganz so wichtig - denn wenn sie 30 Millionen Mark Gewinn einsacken, ist das für einen Bauch genug, auch wenn das nur 2% bedeuten - für das Neukapital spielt es aber eine besondere Bedeutung, denn bei ihnen

sind 2% vielleicht nur 10.000,- Mark. Die Kleinkapitalisten sind aber das »belebende Feuer der Produktion«, und wenn die Profitrate sinkt, »erlischt«¹ dieses Feuer, und das gesamte nationale Kapital wird wegen Innovationsschwäche auf dem Weltmarkt zurückgedrängt.

Die Profitrate fällt aber nicht gleichzeitig auf der ganzen Welt. Einige nationale Industrien erwirtschaften durch ihren Rationalisierungsvorteil Sonderprofite und werden versuchen, mit ihrem Innovationsvorsprung die Konkurrenten niederzuringen. Der Kampf um Märkte und billige Rohstoffquellen wird härter. Er verschärft sich in Krisenzeiten und wird in Aufschwungsphasen abgemildert. Letztendlich aber wird der Handelskrieg in militärische Kriege umgewandelt. Die Handelskriege führen zu keiner Lösung, nur zur Niederlage eines Gegners, der zum Schluß sich nicht mehr anders zu helfen weiß, als mit Waffengewalt seine Handelsinteressen durchzusetzen.

Die Mechanismen der Ausbeutung der armen Länder

Das Kapital in den Metropolen hat also sehr wohl mit den Kriegen in der Welt etwas zu tun, nicht aber die Arbeiter. Von ihrer Arbeit bekommen auch sie den Mehrwert gestohlen. Der Arbeiter in den Industrieländern profitiert also nicht von der Ausbeutung der unterdrückten Nationen. Allenfalls kann der Kapitalist hier bei reformistischen Tarifverhandlungen aufgrund der Sonderprofite eher nachgeben - es wird deshalb bis zu einer bestimmten Grenze, an der dieser Sonderprofiteffekt endet, der Reformismus hier gestärkt.

Die Industrie untergräbt den von ihr so gepriesenen "freien Wettbewerb", das freie Spiel der Marktkräfte, durch hohe "Schutzzölle", und macht damit eine Entwicklung in den unterdrückten Ländern fast unmöglich. Für Rohstoffe, die in den Metropolen nicht gefördert werden, werden wenig Zölle gefordert. Für die Produkte aber, die auch hier veredelt werden, werden hohe Schutzzölle verlangt. Z.B. wird auf Baumwolle kaum Zoll genommen, auf einen fertigen Anzug aber werden hohe Abgaben gefordert. Die Textilindustrie in den armen Ländern kann also kaum in "freie" Konkurrenz mit der hiesigen Textilindustrie treten. Die einzige Möglichkeit ist, die Anzüge mit gebrauchten Maschinen und Billiglöhnen herzustellen, sprich, die Substanz der armen Länder auszuzehren.

Will der Bauer mit arbeitssparenden Maschinen produzieren, so muß er wegen der Devisen auch für den internationalen Markt produzieren und begibt sich somit in die Abhängigkeit der internationalen Großhändler, die ihm dann die Preise diktieren. Letzlich wird die heimische Landwirtschaft zerstört, was zu Hungerkatastrophen führt. Die Hilfslieferungen der UNO tun dann ihr Rest, daß der Bauer gegen den Gratispreis überhaupt nicht mehr konkurrieren kann und aufgeben muß.

Die absurde Welt des Imperialismus produziert einen riesigen Lebensmittelüberschuß. Sie entwickelt geniale Satelliten, die durch Wetterbeobachtung noch größere Ernten hervorbringt. Auf der anderen Seite werden die Menschen immer ärmer und können sich nicht mehr ernähren. Ein Bedürfnis nach Lebensmitteln besteht massenhaft, aber keine kaufkräftige Nachfrage. Die Menschen in den armen Ländern haben einfach kein Geld mehr, diese Lebensmittel zu kaufen. Der Bauer in den Metropolen bleibt auf seinen Produkten sitzen und erhält vom Staat Geld

¹Karl Marx: "Das Kapital", Band 3, Seite 269

dafür, daß er sie vernichtet. Wenn es aber in das Kalkül der Herrschenden paßt, Bilder der Hungermenschen zu zeigen, dann werden wieder ein paar Gramm nach Afrika geschickt.

Nach den Regeln der Welthandelsorganisation GATT sollen neue Zölle verboten werden². Das regt aber nur die Phantasie des internationalen Kapitals an. Die Handelspartner werden zu Selbstbeschränkungsmaßnahmen erpreßt (Japanische Autoexporte in die EU und USA, Chipexporte in die USA), technische Vorschriften erschweren den Welthandel (Die japanischen Tonbandhersteller werden gezwungen, einen Rauschmacher in die rauscharmen Geräte einzubauen), mit Subventionen werden eigene Waren gefördert (Kohle, Weizen in Frankreich, Stahl), Strafzölle erfolgen gegen Dumping-Aktionen (Stahlexporte Osteuropas) und Handelsblöcke werden gegründet (EU, EWR, NAFTA), die den Zugang für Dritte noch schwieriger machen.³

Das wichtigste Mittel aber sind die eigenen Dumping-Aktionen der Monopole. Diese wurden schon immer eingesetzt. Die Großindustrie hat soviel Kapital angehäuft, daß sie locker ihre Produkte jahrelang auf dem Weltmarkt unter Preis verkaufen und somit die schwache Konkurrenz auf dem Weltmarkt niederringen kann. Die heute armen Länder hatten nie eine Chance im Kapitalismus, die Industrienationen einzuholen. Erst wurden sie ausgeplündert, die Bauern als billige Arbeitskräfte von ihrem Land verjagt, als Absatzmärkte benutzt und wenn sie sich wehrten, wurden sie wie Vietnam eingeeäschert oder wie die ganzen afrikanischen Königreiche von der Landkarte gestrichen.

»Bengalen (Nordostindien) war so hoch entwickelt, daß die ersten britischen Besucher von der Großartigkeit der Zivilisation überwältigt waren. Aber dieser Reichtum blieb nicht lange in Bengalen. In kurzer Zeit brachten die Eroberer riesige Schätze in Calcutta zusammen und überließen die 30 Millionen Menschen der Region einem grenzenlosen Elend. Die Menschen waren an die Tyrannei gewöhnt, aber nie hatten sie eine Tyrannei wie diese erlebt.

Seitdem ist Bengalen nicht mehr wegen seiner Reichtümer und seines Wohlstandes, sondern wegen seiner bitteren Armut, die bis heute andauert, bekannt. In den Jahren nach der Eroberung Indiens (1760) flossen jährlich 2 Millionen Pfund Sterling von Indien nach England. Welche Bedeutung diese Plünderung für die englische Industrie hatte, erkennt man daran, daß die gesamten Investitionen des britischen Kapitals damals 6 bis 7 Millionen Pfund jährlich ausmachten.«⁴

Viele Länder der "Dritten Welt" erzielten vor 300 Jahren ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als in Europa. Heute müssen sich die Massen in Mexico oder Kalkutta von Würmern oder Müllhaldenresten ernähren. Sie wurden ausgeplündert, vom Land vertrieben, mit Dumping und "Schutzzöllen" wurden Ansätze ihrer heimischen Wirtschaft ruiniert, und zum Schluß durften

² Aber auch die Ratifizierung dieser neuen Regeln wird von den USA und der EU hinausgezögert. Die USA wird die "Marrakesch-Akte" sicher mit einschränkenden Zusätzen versehen. Auch in Europa gibt es starke Vorbehalte.«Vor allem die von Washington quasi erpreßten EU-Zugeständnisse im Handel mit Agrarprodukten sind in Frankreich nach wie vor umstritten«." Frankfurter Rundschau", 7. Oktober 1994

³ Nach "Harenberg Lexikon 1995", Seite 370

⁴ Chris Harman: "Das ist Marxismus", Seite 46

ihre Geschwister sich als Billiglohnarbeiter in den Metropolen verdingen oder bekamen als Aufständische eine Kugel in den Rücken.

Hat das internationale Kapital wirklich nichts mit den Kriegen in der Welt zu tun? Jeden Tag sterben 40.000 Kinder an Hunger. In den marmorgetäfelten Hallen der Weltkonzerne tickt die Uhr des Blutes. Der Vorstand des deutschen Industrieverbandes setzt seine Unschuldsmiene auf und spricht von "Gürtel-enger-schnallen" und bittet um eine Spende für sein neues "Welthungerhilfskonto".

Die Massen in den Industrieländern haben aber nichts von den Kriegen. Auch sie werden ausgeraubt, und weil das Geld den Herren noch immer nicht langt, sollen die Arbeiter auch das Brot für die Welt bezahlen. Im Gegenteil schadet ihnen die Unterdrückung der Agrarländer ebenso wie diesen selber. Weil VW in Südafrika billig produzieren kann, kann die Konzernleitung die hiesigen Kollegen besser bei Lohnverhandlungen erpressen. Weil die Billigkohle aus den armen Ländern geplündert wird, wird der Kumpel hier entlassen. Das Bewußtsein über die Gleichheit der Ursachen der Unterdrückung kann der Arbeiter in der Regel aber erst im Kampf, wenn er für seine eigene Sache kollektiv streitet, erhalten. Solange glaubt er leider, daß die Unterdrückung der "Dritten Welt" in seinem eigenen Interesse erfolgt.

Die Agrarländer werden immer weiter in die Abhängigkeit der Weltmonopole getrieben. 1980 noch betragen die Auslandsschulden der "Dritten Welt" 650 Milliarden Dollar, 1994 bereits 1.800 Milliarden. Die Auslandsschulden werden immer größer, obwohl mehr Geld von dort in die reichen Länder fließt. Es sind aber die Gewinne der Monopole, sie saugen für ihre Akkumulation auch die Ärmsten aus, und erzählen, daß sie damit ein gutes Werk tun, weil sie ja dem armen Inder auch einen Arbeitsplatz geben. Und als Dank dafür, daß er sich hat ausrauben und dann mit einem Arbeitsplatz beschenken lassen, bekommt er wie in Bhopal noch ein blindmachendes Gift als Zugabe. Während die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern zwischen 2,5% (Japan) und 10,5 (EU) liegt, beträgt sie in den armen Ländern 30-50%. 20% der Menschheit verbrauchen 80% der Weltressourcen. 34 Millionen Menschen in Afrika sind vom Hungertod bedroht.

Hat der Imperialismus wirklich keine Schuld an den Kriegen?

Bei solidarischer weltweiter Produktion könnte eine umweltgerechte Produktion erfolgen, die allen Menschen auf der Welt eine hohe Lebensqualität garantiert. Die kapitalistische Produktionsweise kann die Bedürfnisse jedoch nicht befriedigen. Es gibt genug Arbeitskräfte, genug Ressourcen, umweltschonende Produktionstechniken und genug Bedürfnisse. Nur, das Kapital kann das alles nicht zusammenbringen. Und weil es immer noch nicht den Hals vollkriegen kann, hat es einen wunderbaren Exportschlager gefunden: Die Waffen.

Die größten Waffenimporteure 1993.

1. Türkei	2.525	Mio. Dollar
2. Indien	2.146	"
3. Ägypten	1.481	"

Die größten Waffenexporteure 1993

1. USA	10.526	"
2. UdSSR	4.532	"

3. Deutschland	1.833	"
4. Britannien	969	"

Die Weltkonzerne sollen immer noch keine Schuld an den Kriegen haben?

Die armen Länder werden ausgeraubt, so daß deren Bourgeoisien keine andere Perspektive mehr sehen, als übereinander herzufallen. Nur die Arbeiter haben die Möglichkeit, mit der internationalen Solidarität eine Welt ohne Konkurrenz aufzubauen. Die heimischen Kapitalisten aber können nur versuchen, im weltweiten Konkurrenzwetlauf auch eine Rolle zu spielen, und wenn es die des Kriegsherrn ist.

Der Hauptantrieb für die Kriege zwischen den armen Ländern kommt aber von den Metropolen selber. Sie heizen diese Kriege an, weil sie ihre Einflußsphären für Absatz-, Rohstoff- und Kapitalmärkte halten oder vergrößern wollen. Mit ihren Waffenexporten wird aus einer kleinen Glut in der "Dritten Welt" ein großer Brand.

Die Deutschen wollten ihren Einfluß gegen die Franzosen und Engländer, die Kontakte mit den Serben haben, in Kroatien und Bosnien geltend machen und hatten daher ein großes Interesse an deren Absonderung. Ihr Einfluß hat durch die Anerkennung Bosniens erst zu dem langen Krieg geführt. Diese Tatsache wird heute auch von der bürgerlichen Journaille so gesehen.

Die Franzosen wollten ihren Einfluß in Ruanda halten. Sie stellten sich auf die Seite der Massenmörder, bzw. betrieben selber dieses Spiel. Bei dem Abschluß des Flugzeuges mit dem Präsidenten sollen auch französische Soldaten beteiligt gewesen sein. Als ihren Bündnispartnern die Vernichtung drohte, "befreiten" sie im Namen der Humanität eine Zone, um deren Rückzug zu decken. Bis zum Schluß verbündeten sie sich mit diesen Massenmördern. Diese Tatsache wird heute auch von der bürgerlichen Journaille so gesehen.

Die Amerikaner wollen ihren Einfluß in Haiti halten. Kein einzelnes Wort hatten sie jahrzehntelang gegen die blutige Diktatur der Duvaliers verloren. Erst, als die "Ordnung" jetzt zusammenzubrechen drohte, schritten sie ein.

Nachdem Zusammenbruch des Barre-Regimes in Somalia ging der Wettlauf der Industrieländer um den dortigen Einfluß los. Dies konnte ein so armes Land nur noch in Minizonen auseinandersprengen.

Der letzte Golfkrieg entstand dadurch, daß Hussein lange die Rolle der Polizeiwache für den Imperialismus spielte und zuletzt gegen den Iran vom Westen mit Waffen unterstützt wurde. Er glaubte, somit auch Kuwait angreifen zu können, noch dazu, weil er keine Signale von Amerika vernahm, daß sie einen Einmarsch nicht dulden würden. Nur deshalb wagte er die Intervention im Gegensatz zu heute, wo er sich gleich zurückzog, als er die Entschlossenheit der Gegner sah. Auch dies wird von der bürgerlichen Journaille heute so gesehen.

Ob Vietnam, Kurdistan, Somalia, Bosnien oder Ruanda; die Industrieländer sind in diese Kriege mal mehr, mal weniger, involviert. Diese Kriege werden von ihnen angestachelt und geführt, um ihre Einflußzonen zu halten oder zu vergrößern. Die Kapitalakkumulation zwingt sie zu einer aggressiven Wirtschaftsexpansion. Die Monopole verstehen nur die Sprache des Profits, und dafür gehen sie über Leichen.

»Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und

man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampf es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.«⁵

Und wenn das Kapital mit dem Rücken an der Wand steht, hat es überhaupt keine Bedenken, auch Tausende in den Kriegstod zu schicken. Die Weltkarte zeigt, daß in gut einem Drittel Krieg herrscht. Nach dem 2. Weltkrieg war das aber auch nicht viel anders. »Es hat zwar etwas zugenommen, aber man soll immer optimistisch bleiben und sich um ganz kleine Schritte bemühen«, meinen die bürgerlichen Wohlfahrtstanten.

Auch, wenn die Kriege quantitativ keine bemerkenswerten Unterschied aufweisen, gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen den Kriegen in den 60er und in den 90er Jahren. Als die Kriege damals zu Ende waren, sah die betroffene Bevölkerung weltweit einen Boom vor sich und fing im Frieden an, das Land aufzubauen. Heute kann man nur noch Niedergang sehen und es gibt keine Perspektiven mehr, nach einem "Frieden" die Ärmel hochzukrempeln und wieder aufzubauen. In Somalia wird es keine geordnete Produktion mehr geben - ein denkbar ungünstiges Pflaster für Kommunisten. Wenn die ganze Welt so aussähe, würden wir der Barbarei sicher näher sein als dem Kommunismus. Aber die Verhältnisse sind im größten Teil der Welt in der Tat noch relativ geordnet.

Rüstungskapitalismus

Der 2. Weltkrieg hatte Produktionsmittel zerstört, weniger durch physische Vernichtung (in Deutschland z.B. nur um die 10%). Mehr Kapital wurde dadurch zerstört, daß der gesamte Mehrwert der Länder in die Rüstung floß und damit die Substanz ausgezehrt wurde. Gleichzeitig wurden aber neue Technologien im Krieg entwickelt. Die Profitrate war dadurch zwar nach dem Krieg gleich sehr hoch (USA 1948 8,6% nach Steuern), aber eben nur relativ. Absolut fehlte die Massenkaufkraft und die wegen fehlender Perspektive ausbleibende Investitionsgüternachfrage.

Nach 1945 kam die Wirtschaft weltweit nur schwer in Gang. Es herrschte einfach keine kaufkräftige Nachfrage. 1948 führte dies in Deutschland z.B. zu Hungeraufständen⁶. Die folgende Währungsreform brachte auch keine grundsätzliche Änderung. Erst Mitte der 50er Jahre fing das Konjunkturrad an, sich zu drehen. Der Krieg war der Vater der Konjunkturbelebung. Wegen des Koreakrieges stiegen die Rüstungsausgaben in den USA von 4,6% (1948) auf 13,4% (1951) des Bruttoinlandsproduktes. Dies führte zu einer weltweiten Nachfrage nach anderen Gütern, die aufgrund der Rüstungsproduktion in den USA weniger hergestellt wurden. Besonders die BRD und Japan, die selber nur geringe Rüstungsausgaben tätigten, profitierten von der zunehmenden Nachfrage. Gleichzeitig wurde durch die Rüstungsproduktion ein großer Teil des Mehrwertes der Kapitalisierung entzogen und führte somit zur Abschwächung des tendenziellen Falls der Profitrate.

Diesen Zusammenhang zwischen Steigerung der Rüstung einerseits und Konjunkturbelebung andererseits bestreiten natürlich die "progressiven" bürgerlichen Ökonomen.

⁵ Karl Marx: "Das Kapital", Band 1, Seite 788

⁶ s. LO Nr.4, S.37ff.

Die pazifistischen Keynes-Anhänger des schwedischen Sipri-Friedens-Institutes fordern im Gegensatz zu Militärsprechern, die »behaupten, daß höhere Rüstungsausgaben die Arbeitslosigkeit verringern helfen«, soziale Ausgaben: »Selbstverständlich jedoch gibt es keinen Grund, warum eine Erhöhung der Staatsausgaben dem Militär zugute kommen sollte: Es gibt genug unbefriedigte soziale Bedürfnisse im Bereich von Gesundheit oder Erziehung ... Träfe es zu, daß Vollbeschäftigung in den westlichen Industrieländern von der Steigerung der Rüstungsausgaben abhänge, so wäre dies ein vernichtendes Urteil über die Grundlagen der Wirtschaftsordnung der westlichen Welt. Jedoch - dem ist nicht so.«⁷

Wir haben aber oben bereits gesehen, daß mit der Erhöhung der Rüstungsausgaben die Wirtschaftskonjunktur in den 50er Jahren ansprang. Ab Anfang der 70er sanken die Rüstungen rapide. Noch 1970 auf 8,0% sanken sie bis 1976 auf 5,4%. Die Profitrate sank von 7,7% in 1966-70 auf 5,5% in 1970-73 (nach Mandel). 1975 wurden die ersten Massenarbeitslosen über 1 Millionen⁸ verzeichnet. Die Tatsachen sprechen ganz klar gegen die Keynes-Anhänger. Natürlich stimmt auch nicht die Begründung der Militärs, die von einer Wirtschaftsbelebung deshalb ausgehen, weil es sich bei der Rüstung um Produkte der Schwerindustrie handelt. Es ist nur eine zusätzliche Triebfeder. Die Hauptursache aber liegt darin, daß mit der Rüstung der Konkurrent bedroht und zum gleichen Handeln gezwungen wird. Somit wird die Dekapitalisierung allgemein, die abgeschwächte oder sogar negative Kapitalanhäufung führt zu keinem Wettbewerbsnachteil für das einzelne Land. Mit Krankenhäusern kann die nationale Bourgeoisie diesen Effekt nicht erzielen. Cliff nennt folgende Bedingung des Rüstungskapitalismus:

»Alle wichtigen Länder müssen, je nach ihren Möglichkeiten, in gleicher Weise solche "staatlichen Aufgaben" durchführen. Wäre dies nur in einem oder in wenigen Ländern der Fall, dann hätten diese Länder weniger Kapital zur Akkumulation zur Verfügung, würden mehr unter Inflation leiden und auf dem Weltmarkt von ihren Konkurrenten geschlagen werden.«⁹

Die neue "Weltordnung"

Somit besteht die absurde Situation, daß der Imperialismus ökonomisch seinen Untergang nur hinauszögern könnte, wenn er Waffen produziert, die aber wiederum seinen militärischen Untergang herbeiführen werden. Die Militärs haben im Gegensatz zu den Pazifisten schon recht, wenn sie behaupten, daß höhere Rüstungsausgaben die Arbeitslosigkeit im Kapitalismus vermindern helfen. Sie werden sich deshalb auch immer durchsetzen und schreien ständig nach mehr Rüstung. Gleichzeitig verlangt die USA auch höhere Ausgaben und größere Beteiligungen der BRD und von Japan an den weltweiten "Friedenseinsätzen".

So hat sich die BRD-Regierung unter den Konservativen die allgemeine Vorstellung der USA, daß der Imperialismus "seine" Interessen in der gesamten Welt verfolgen muß, bereits offen zu eigen gemacht. Bundesverteidigungminister Rühle nennt in den am 26.11.1992 erlassenen

⁷ SIPRI Rüstungsjahrbuch '81/82, Hamburg, Seite 35

⁸ Vgl. SI1, Seite 10

⁹ Tony Cliff, Aufsatz, 1957, nach KK 13, Ffm, Seite 10

"Verteidigungspolitischen Richtlinien" unter den »vitalen Sicherheitsinteressen« Deutschlands ausdrücklich auch die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.«¹⁰ Noch klarer formuliert dies der Kanzler: »Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu einer Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.«¹¹

In der Nachkriegsperiode der 60er Jahre kämpften die Nationen der Metropolen um einen besseren Platz in dem Konzert der Imperialisten. Seit dem Ende des "Wirtschaftswunders" Mitte der 70er Jahre geht es nicht mehr nur um einen besseren Rang, sondern um das Überleben der verschiedenen Monopole überhaupt, um Sein oder Nichtsein. Mit dem kleinen Aufschwung im großen Trend des Abschwungs hat das internationale Kapital noch einmal eine kurze Atempause erhalten. Das 2. Jahrtausend wird dann aber den letzten Wettlauf der kapitalistischen Nationen einläuten und die Frage aufwerfen: Sozialismus oder Barbarei!

»Dadurch, daß die Bourgeoisie alle Krankheitssymptome unter die Oberfläche verdrängt, allen Schwierigkeiten aus dem Weg geht, alle grundlegenden Fragen der Innen- und Außenpolitik vor sich herschiebt und alle Widersprüche vertuscht, hat sie deren Lösung vertagt - dadurch aber nur eine radikale Liquidierung ihrer Herrschaft im weltweiten Maßstab vorbereitet.«¹²

Die Pazifisten¹³ verstehen nur, Illusionen in den Kapitalismus zu verbreiten, als ob ein "friedlicher Kapitalismus", ein "gezähmter Imperialismus" möglich sei. Die SPD und heute auch die PDS haben ihren klassenverräterischen Pazifismus schon oft genug bewiesen. Aber auch die Mächteternkommunisten der ostermarschierenden DKP hat nur platten Idealismus anzubieten. So beschreibt sie in ihrem Theoriemagazin 'Marxistische Blätter' die Weltmachtgelüste der Metropolen zwar richtig¹⁴, kann aber auch nur eine pazifistische Perspektive aufzeigen. Es wird allgemein appelliert, daß die UNO-Charta, nach der alle Länder gleichberechtigt handeln sollen, gegen die Hegemonialinteressen der USA durchgesetzt werden müssen. Gegen den weltweiten Kampf um die Neuverteilung der Ressourcen, »der das Leben der Menschheit gefährden kann«, wird nur hilflos die "Entmilitarisierung" gefordert.

Bevor die Monopole aber freiwillig auf die Profite und ihre aggressive Durchsetzung verzichten werden, werden sie wieder und wieder einen Weltbrand anzetteln. Eine "entmilitarisierte" Welt mit Daimler, Siemens, ITT und Honda zu fordern, heißt, ihre Triebkräfte nicht zu verstehen. Eine friedliche Welt ist nur möglich in einer weltweiten solidarischen "Planwirtschaft", in der jede Konkurrenz, die ökonomische und damit auch die militärische, aufgehoben ist. Das Menetekel der Vorkriegszeit werden wir nicht mit theoretischen

¹⁰ Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Nr. 4/92, S. 508, nach Ernst Voit: "Imperialistische Ziele und Strategien", in 'Marxistische Blätter', Nr. 5-94, Seite 55

¹¹ Bundeskanzler Kohl: "Regierungserklärung vom 30.6.91", Ebda., Seite 58

¹² Trotzki: "Ergebnisse und Perspektiven", Essen 1993, Seite 267

¹³ Vgl. Artikel "Marxismus und Krieg" in dieser Ausgabe

¹⁴ "Imperialistische Ziele und Strategien" von Ernst Voit, in 'Marxistische Blätter', Theoriemagazin der DKP, Seite 55, siehe oben.

Sandkastenspielchen über "entmilitarisierte" Zonen von hier bis da abwenden können, sondern nur mit dem Sturz des Kapitalismus und dem Kampf für den "**Internationalen Sozialismus**"!

Vorkriegszeit!

(KK 3 - 5/1996)

Immer, wenn ein neuer Krieg ausbricht, will die Bourgeoisie uns ständig glauben machen, daß sie ihn wieder eindämmen kann. In der Tat passiert aber das Gegenteil, die Kriege nehmen immer mehr zu und werden wie in Afghanistan, Palästina oder Kurdistan immer härter und endloser. Wir zeigen, wie aussichtslos die Kriege im Kapitalismus sind und daß ein Weltfrieden erst im Sozialismus möglich sein wird.

- Norbert Nelte -

Das Bürgertum wollte uns einreden, daß der Kapitalismus mit der Entwicklung der Produktivkräfte die Bedingungen für eine aufgeklärte Gesellschaft schafft, die immer humaner wird und sich immer weniger in Kriege verwickelt. Von den Konservativen wurde sogar die Parole ausgegeben, daß die Menschheit ihr Ziel erreicht hat und das "Ende der Geschichte" eingeläutet wurde.

Auch die Ex-Linke hat inzwischen diese Sichtweise übernommen und stimmt in den Chor der Reaktion mit ein, der da heißt: "Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist gelöst". Die letzten verbleibenden Nebenwidersprüche könne man immer mehr eindämmen, bis der Mensch in eine Welt voller Harmonie eingetreten ist.

Auf solche Ansichten trifft man immer häufiger gerade zu einer Zeit, wo tagtäglich das Gegenteil bewiesen wird. In den 60er Jahren des großen Wirtschaftswunders war eine solche Haltung noch nachvollziehbar. Aber heute in den Neunziger Jahren angesichts von 6 Millionen Arbeitslosen, eines Wirtschaftsstillstandes und des ständigen Reallohnverlustes für die Arbeiter, des Ozonloches, der Klimakatastrophe und 50 Kriegen in der Welt ist ein solcher unerschütterlicher Glaube in die Vitalität des Kapitalismus völlig unverständlich.

Die Konservativen wollen der Welt weismachen, daß die Verhältnisse doch Schritt für Schritt sich zum Besseren neigen. Die Reformisten stöhnen erst einmal wegen der Realitäten, verbreiten aber dann die Hoffnung, daß nach viel Überzeugungsarbeit das Weltrud noch umgedreht wird. Wie sie aber die Herrschaftsinstrumente des Kapitals überzeugen wollen, bleibt im Dunkeln und ihnen selber sicher auch ein Rätsel.

Besonders rätselhaft für die Bourgeoisie und ihre Knechte sind die Ursachen der Kriege. In der ARD lief eine Diskussion, ob das Böse zu- oder abnimmt. Das Kapital hat seine Intelligenz um diese Frage gesammelt.

Für den einen war das Böse der Gehörnte persönlich und für den anderen schwebte es irgendwo zwischen Stratosphäre und Alpha-Centauri. Jedenfalls wußte Herr Geissler zu

Norbert Nelte - Krieg - 10

Der Hauptvertreter des "politischen Realismus" Hans J. Morgenthau weiß, daß jeder Ausübung politischer Macht notwendigerweise und tragischerweise ein Element des Bösen anhafte. Also: Schluß mit der Politik? Mmmh.

Friedrich von Weizsäcker erklimmt innerhalb des bürgerlichen Gedankengebäudes die höchste Spitze, wenn er feststellt: *»Die Definition des Guten durch das Wohl der Gemeinschaft charakterisiert die Moral der Selbsterhaltung der Gruppe«.*

Hier haben wir endlich eine materialistische Erklärung, die nicht mit moralischen Kategorien arbeitet. Der Kodex, überleben zu wollen, wird von dem Interesse der gesamten Gemeinschaft bestimmt.

Schadet die Seerobbe dem Rudel, droht dem Rudel der Untergang und damit ist auch das Ende der einzelnen Seerobbe vorprogrammiert. Das stimmt auch noch in den Anfängen der Menschheit.

Spätestens aber, als sich vor 10-7.000 Jahren auf Grund der Produktion eines Mehrproduktes eine Herrschaftsgesellschaft bildete, wurde der Kodex durch das Interesse der herrschenden Klasse bestimmt und nicht mehr durch das Interesse der gesamten Gemeinschaft.

Im 20. Jahrhundert hat der Krieg auch ganz bestimmt keine Funktion mehr für das "Wohl der Gemeinschaft". Im atomaren Weltkrieg wird es sicher nur noch Verlierer geben, und auch die herrschende Klasse würde nicht mehr von einem "Sieg" profitieren können.

Der Widerspruch des Kapitalismus tritt immer offener zu Tage. Niemand glaubt mehr daran, daß die 6 Millionen Arbeitslosen durch Wirtschaftssteigerung wieder in Arbeit kommen können.

Die Profitrate ist inzwischen so weit gefallen, daß nach einem tiefen Fall in eine Krise eine Erholung kaum mehr denkbar ist. Die Handelskriege werden sich zwingend in militärische Kriege auflösen müssen.

Innerhalb des Kapitalismus ist die Krise nicht mehr zu lösen. Jeder Versuch kann nur in einem Weltkrieg enden.

Marx zeigt im Gegensatz zu den im Dunkeln rumtapernden bürgerlichen Ideologen kurz, klar und überzeugend, daß Kriege bzw. die Barbarei Ergebnis dessen sind, daß man gesellschaftliche Krankheiten mit alten, verbrauchten Organen heilen will und nicht gegen einen neuen Organismus auswechselt:

»Dies sogenannte "Unmenschliche" ist ebensogut ein Produkt der jetzigen Verhältnisse wie das "Menschliche"; es ist ihre negative Seite, die auf keiner neuen revolutionären Produktivkraft beruhende Rebellion gegen die auf den bestehenden Produktivkräften beruhenden herrschenden Verhältnisse, die ihnen entsprechende Weise der Befriedigung der Bedürfnisse. Der positive Ausdruck "menschlich" entspricht den bestimmten, einer gewissen Produktionsstufe gemäß herrschenden Verhältnissen und der durch sie bedingten Weise, die Bedürfnisse zu befriedigen, wie der negative Ausdruck "unmenschlich" dem durch dieselbe Produktionsstufe täglich neu hervorgerufenen Versuche entspricht, diese herrschenden Verhältnisse und die in ihnen herrschende Weise der Befriedigung innerhalb der existierenden Produktionsweise zu negieren.«¹⁷

¹⁷ Karl Marx/Friedrich Engels: "Die deutsche Ideologie", 1845/46, MEW, Bd. 3

Die Realität

Die Konservativen wollen die Realität verleugnen. Sie behaupten steif und fest, daß die Gewalt der Herrschenden mit der Wirtschaftssteigerung immer weiter abnimmt, obwohl wir sehen, daß die Kriege und militärischen Krisen immer weiter zunehmen (siehe Schaubild)

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks sind die Krisen Ost - West momentan nicht so akut, dafür brachen sie aber innerhalb dieser Einflußsphären auf. Den größten Teil der Tagesschau werden uns die Ruinen aus Tschetschenien, die zerbombten Häuser in Palästina und die verblutenden Menschen in Bosnien vorgeführt. Über die meisten Kriege wie die in Ost-Timor, gegen das Ogoni-Volk in Nigeria oder den Chiapas-Indianern in Mexiko, in Liberia, Afghanistan oder Somalia, in Tadschikistan, Kaschmir oder Kurdistan, wird nur am Rande berichtet.

Die Reformisten sehen zwar die Zunahme des staatlichen Terrors, hoffen aber, daß gerade dann, wenn ihnen persönlich dies aufgefallen ist, die Kriege abnehmen werden und finden dafür alle möglichen Begründungen.

Die wichtigste ist die, daß der Mensch, seit dem er immer mehr aufgeklärt ist, "humanere" Lösungen finden wird. Dabei geht der Betrachter von seiner eigenen Sensibilität aus.

Nur die Realität zeigt das Gegenteil. Sicher wächst mit der Entwicklung des Lebensstandards und der Entwicklung des Individuums im Kapitalismus für einen persönlich der Wert des Menschen.

Werden die Widersprüche des Kapitalismus aber nicht gelöst, wird dieser "humane" Aspekt schnell über Bord geworfen. In Bosnien waren die Menschen zueinander gute Nachbarn und konnten sich gar nicht vorstellen, übereinander herzufallen.

Trotzdem haßten sie sich plötzlich alle über Nacht und entpuppten sich als brutale Lagerfolterer oder heimtückische Heckenschützen.

Die Zuspitzung der Krise macht es nicht mehr möglich, massive Probleme im Kapitalismus friedlich zu lösen. Die besten Beispiele sind Bosnien, Palästina und Tschetschenien. Je mehr von einer nahenden Lösung in diesen Gebieten gesprochen wird, umso mehr Gewalt entwickelt sich in diesen Ländern.

Wie labil auch die momentane Ruhe in manchen Gebieten ist, zeigt Taiwan. Plötzlich tauchen in der friedlichen Stille dampfende Kriegsschiffe, zischende Kanonen und böse blickende Generäle auf.

Wir wollen uns mit einigen Krisen beschäftigen, die bestätigen, daß die Krisenherde nicht abnehmen, sondern hin zum Weltbrand sich zuspitzen. □

Palästina - Schrecken ohne Ende!

Der Welt sind noch die ShakeHands-Bilder zwischen Arafat und Rabin von Washington gut in Erinnerung. Fortan malte man sich im Nahen Osten ein Gebiet des Friedens und der wirtschaftlichen Prosperität aus.

Die Realität hat diese Bilder längst eingeholt. Es herrschen die von Selbstmordkommandos, massenhaft verblutender Menschen, verzweifelte Arbeiter, Militärs, die Häuser in die Luft jagen und verelendenden Kindern vor.

Die israelische und palästinensische Bourgeoisie plante, ihre Einflußgebiete zu teilen. Ihr ist es nicht möglich, die Länder gemeinsam zu entwickeln, denn jede Gemeinsamkeit setzt eine Gleichberechtigung voraus, aber dann könnten auch die Arbeiter von Israel und Palästina auf die Idee kommen, mitzureden.

Die Kommunisten in der ganzen Welt hatten immer gefordert, ein gemeinsames sozialistisches Palästina (im Gebiet des heutigen Israels, der Westbank und dem Gazha-Streifen) zu schaffen, in dem Araber, Palästinenser, Juden und alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben. Nur die Arbeiterklasse hat das Interesse, gemeinsam solidarisch und planvoll zu produzieren. Dazu bedarf es aber der sozialistischen Revolution von den Arbeitern aus mehreren arabischen Ländern. Das war auch bis Ende der 80er die Forderung der PLO und Arafats.

Die Bourgeoisie ist aber nur zu einer Produktion in Konkurrenz, nicht einer gemeinsamen, solidarischen in der Lage. Nach Aufständen sah es nicht aus, und da, wo die Arbeiter streikten, wie in Jordanien und Ägypten, wurden sie von der PLO verraten. Wollte man also ohne eine sozialistische Revolution reformistisch die Dinge lösen, so hieße das zwei Staaten. Arafat wollte also gemeinsam mit der israelischen Bourgeoisie diesen Weg beschreiten.

Wir Internationalen Sozialisten unterstützten immer das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, aber kritisch. Wir wiesen immer darauf hin, daß der palästinensische Arbeiter nichts davon haben wird.

Aber auch die palästinensische Bourgeoisie kann sich nicht einmal politisch unabhängig machen. Die geographische Lage zeigt, daß dieses Land immer direkt abhängig von Israel sein wird und von daher ein palästinensisches bürgerliches Parlament immer nur der Erfüllungsgehilfe Israels sein kann.

Dies zeigt sich jetzt schon in den Anfängen in voller Klarheit.

Die palästinensischen Arbeiter bzw. Deklassierten laufen mangels Alternativen von Arafat massenweise der fundamentalistischen Hamas nach.

Die Fundamentalisten sind letztlich nur ein Reflex auf den Imperialismus. Die nationale Kleinbourgeoisie erhofft sich durch einen konsequenten Gegenkurs gegen die USA und ihre Vasallen eigene Machtmöglichkeiten. Aber wohlgermerkt, nicht als Sturz des imperialistischen

Systems als solches, sie will selber an die Tröge des Imperialismus, erst mal als Subimperialist wie Iran - dem Unterstützer der Hamas - der über die Region herrscht.

Dabei versprechen sie ihren Arbeitern das Blaue vom Himmel bzw. den Himmel selber, um sie für ihre Zwecke einzuspannen.

Die mehr international orientierte Bourgeoisie um Arafat hat für die Arbeiter keine Antwort. Das großartige Gefühl, das der palästinensische Wimpel auf dem Rathaus spendete, ist im Nu verflogen. Die Suppentöpfe bleiben leer, bzw. wurden immer leerer. Die einzige palästinensisch-bürgerliche Antwort heißt, ganz Palästina den Palästinensern und Israel ins Meer.

Deshalb wird es im Kapitalismus keine Ruhe mehr im Vorderen Orient geben. Kaum denkt man im Libanon ans Aufbauen, kracht es in Palästina an allen Ecken und Enden.

Während Arafat nur 40.000 für sich auf die Straße bekommt, folgen dem Hamas-Selbstmordattentäter 150.000 ans Grab. Die palästinensische bürgerliche Polizei unterdrückt schon lange nicht mehr nur die Attentäter.

Auf Symphatie-Demonstrationen für die Hamas geht sie schon massiv gegen Mütter, Kinder und alle Arbeiter vor. Sie betreibt längst das Spiel der Israelis.

-232Am Anfang ging Arafat weniger hart gegen die Hamas vor. Er

»hatte bisher ein gefährliches - aber aus der Sicht der Palästinenser verständliches - Spiel gespielt. Hamas diente ihm als militärische Option gegenüber Israel, über die er selber nicht mehr verfügt. Denn die Palästinenser haben noch unerfüllte Ziele: Ost-Jerusalem als Hauptstadt; die Rückgabe des Jordantals, das Israel behalten will; eine akzeptable Lösung der Siedlerfrage. Arafat weiß aus der Vergangenheit, daß die israelische Regierung nicht ohne weiteres zu Kompromissen bereit sein wird. Aber das Spiel mit Hamas geriet dem PLO-Chef jetzt außer Kontrolle.« ('Die Zeit', 04.03.1996)

Arafat selber hat also keine Wahl. Der bisherige Kurs mit der Hamas führt zur Konfrontation und ein Kurs gegen sie wird genauso zur Konfrontation führen. Die Arbeitermassen werden wegen der unerfüllten Forderungen und wegen der leeren Suppenschüssel zur Hamas laufen, weil sie glauben, daß hier ihre Forderungen besser aufgehoben sind.

Im Kapitalismus wird es also keine Lösung mehr geben. Die einzige Lösung wird nur im Sozialismus liegen können, in dem gemeinsamen Kampf der palästinensischen, arabischen und israelischen Arbeiter.

Auch wenn es jetzt noch keine Ansätze für eine Partei in diesen Ländern gibt, die diesen Weg weist, auch dann wird der Sozialismus nur die einzige Alternative im Orient bieten können. NN

Frieden in Bosnien?

Nur noch im Sozialismus

In Bosnien ist die Tinte des Daytoner Friedensvertrages noch nicht trocken und die Menschen fallen weiter übereinander her.

Die alten nationalen Gegensätze in Ex-Jugoslawien führten beim Zusammenbruch des Staatskapitalismus dazu, daß das Land auseinanderfiel.

Obwohl die Weltwirtschaft bereits auf einem Tiefpunkt gefallen war, planten die verschiedenen nationalen Bourgeoisien um Izetbegovic, Tudjman und Milosevic mit imperialistischer Unterstützung die Aufteilung unter bürgerlicher Herrschaft.

Sie schlugen sich um die Beute der ehemaligen jugoslawischen herrschenden Bürokratie. Zu diesem Zwecke hetzten sie die Arbeitermassen gegeneinander, obwohl diese bis dahin noch gar nicht wußten, daß sie Widersprüche zu den anderen Nationen hätten.

Wir sahen, daß in Bosnien zwar ein Friedensvertrag und Grenzziehungen möglich sind. Ein harmonisches Leben der Menschen miteinander wird aber unter kapitalistischer Herrschaft - einer Konkurrenzproduktion, deren Gegensatz-Charakter auch auf den gesamten Menschen abfärbt, in Bosnien nicht mehr möglich sein.

In der Tat gibt es heute nach dem Friedensvertrag genauso viel Leid, als wenn Krieg wäre. Scharen von Flüchtlinge strömen aus Sarajevo, und die Stadt wird in Schutt und Asche gelegt. In ganz Bosnien gibt es Wegelagerer in Uniform, die von den Menschen Geld abpressen. In Bratunac kam es zwischen schon länger dort untergebrachten und neu eingetroffenen Flüchtlingen zu Straßenkämpfen. In Mostar fallen die Menschen weiter übereinander her, die Kroaten sind sich weiter mit den Serben einig, daß Bosnien ein Ministaat werden muß. Bürgerwehren sind bereit, übereinander herzufallen.

Wenn aber auch die Völker sauber getrennt werden sollten, was bei dem Flickenteppich Bosnien gar nicht möglich ist, werden die Leiden nicht aufhören und es wird weiter scheinbar nationale Probleme geben. Die nationalen Gegensätze gibt es nicht wirklich, sie wurden von den herrschenden Bourgeoisien künstlich erzeugt und künstlich aufrechterhalten. Genausogut können Gegensätze zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie einer Nation, z.B. der Moslem zu neuen scheinbar nationalen Gegensätze führen. In dem moslemischen Bihac wurde uns dies schon einmal vorgeführt.

Die herrschenden Bourgeoisien werden von den imperialistischen Mächten dazu getrieben, gegeneinander zu arbeiten und die Arbeiter gegeneinander zu hetzen. Deutschland ist der Haupthandelspartner von Kro- atien und entwickelt sich auch zu der Nummer Eins in Bosnien. Frankreich und England setzten in der Vergangen- heit mehr auf Serbien, wo jetzt aber Rußland die Nummer Eins wird. Die USA unterstützt die deutsche Option. Jede Großmacht spielt ihr eigenes schmutziges Spiel, auf der Strecke bleiben die Arbeiter Bosniens.

In einem Weltmarkt, der zunehmend enger wird, gehen die letzten geringen Ansprüche immer mehr verloren. Wir sehen den Herrn Kinkel, wie er vor der Weltpresse steif und fest und ohne rot zu werden behauptet, daß der Iran nicht hinter den fundamentalistischen Attentätern in Israel steht. Er will halt weiter für das deutsche Kapital gute Geschäfte mit den Mullahs machen. Das letzte bißchen Gewissen wird über Bord geworfen. Genauso in Bosnien. Hauptsache der Rubel rollt, und wenn das eine Millionen Tote kostet.

Der Imperialismus und seine Handlanger wollen nicht wirklich Frieden für die Menschen machen. Sie benötigen allenfalls nur so wenig Chaos, damit ordentlich produziert und Profite gemacht werden können.

Bosnien führt uns wie der Libanon, Somalia oder Palästina deutlich vor Augen, daß eine friedliche Lösung eines Konfliktes in der Endphase des Imperialismus höchstens noch als Ausnahme möglich sein wird. Von einer Endphase können wir deshalb sprechen, weil wir nicht mehr wie im Wirtschaftswunder der 60er Jahre im Aufschwung und der Nachkriegszeit leben, sondern in der Vorkriegszeit, in der die Wirtschaftswachstum langsam zum Stillstand kommt, die Massenarbeitslosigkeit ins Immense steigt und die Bourgeoisie selber nicht mehr weiß, wie sie diese wegbekommen soll. Eine Verschärfung der Handelskriege wird sich zu militärischen Kriegen eskalieren, und militärische Kriege bedeuten heute atomare Vernichtung.

Der Imperialismus wird das Problem in Bosnien nicht mehr lösen können genauso, wie er das Problem der krisenhaften Weltwirtschaft nicht mehr lösen können wird. Nationalstaaten werden den Arbeitern nichts bringen. Nur der Unterdrücker wird der gleichen Nationalität sein. Dafür kann man aber nichts kaufen. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter aus Kroatien, Bosnien und Serbien für den Sozialismus, in dem planvoll solidarisch produziert wird, wird dem Balkan Frieden bringen können. NN



Israel, raus aus Palästina!

Flugblatt

In diesen Tagen wird das palästinensische Volk vor den Augen der Weltöffentlichkeit von den USA und seiner Polizeiwache Israel hingemetzelt. Der amerikanische Außenminister Powell fand sogar die Frechheit, mit Israels Premier Sharon zu konferieren, während dieser Hunderte ermorden ließ. Gleichzeitig weigerte er sich, sich mit Arafat zu treffen, weil der die verzweifelten, ihrer Zukunft beraubten Selbstmordattentäter nicht stoppen kann. Wir halten das für einen Zynismus sonder Gleichen. Schließlich fordert die Weltgemeinschaft in der UNO, dass kein Land ein anderes besetzen darf.

Palästina aber ist bereits seit 50 Jahren besetzt. In diesem Land wohnten vor der zionistischen Einwanderungsbewegung 95% Palästinenser und nur 5% Juden. Dennoch erhielten die Juden von der UNO 78% des Landes, die 95% Palästinenser nur 22%. Scheinbar ist dies der ‚Achse des Guten‘ USA-Israel aber immer noch nicht genug. Sie kann den Hals nicht voll kriegen und ermordet die im Land gebliebenen Palästinenser oder beraubt sie ihrer Freiheit, damit die übrig Gebliebenen eingeschüchtert sind und jeder Funke Widerstand im Keim erstickt ist. Israel hält sich nicht an die UNO-Resolution von 1967, nach der die restlichen 22% inklusive Ostjerusalem den Palästinensern zusteht. Statt dessen baut es seine - der Resolution nach illegalen - Siedlungen immer weiter aus.

Die arabischen Jugendlichen dort haben keinerlei Perspektiven. Sie können keinen Beruf erlernen, sie bekommen keine Arbeit, können keine Familie gründen, und ihre Häuser werden dem Erdboden gleichgemacht. Während die israelischen Siedler auf palästinensischem Boden 300 Liter Wasser am Tag verbrauchen, steht den Palästinensern nur eine Ration von 20 Litern täglich zu. Und für einen Kubikmeter ihres eigenen Wassers müssen die Palästinenser 4,60 Schekel bezahlen, die Israelis auf israelischem Gebiet 0,80 Schekel und in den Siedlungen auf besetztem Gebiet nur 0,30 Schekel - das ist nichts anderes als eine direkte Aufforderung des israelischen Staates zur weiteren illegalen Besiedelung Palästinas.

Bei der so genannten Vergeltungsaktion hat das israelische Militär jetzt den Palästinensern Strom und Wasser abgestellt und gestattet den Familien zu selten, einkaufen zu gehen. Sharons Soldaten haben mittlerweile eine halbe Million Olivenbäume mit den Wurzeln ausgerissen, in einer Mulde bei Beit Lahia 50.000 Tonnen Chemie- und Militärabfälle in 30 Metern Tiefe versenkt - die den unterirdischen Wasservorrat Gazas vergiften - und Trink- und Abwasserleitungen miteinander verbunden, was zu Seuchen führen wird. So soll das palästinensische Volk also vertrieben oder ausgelöscht werden, damit die Israelis genug Raum im Osten bekommen.

US-Interessen

Die USA haben an einem Massaker an den Israelis deshalb ein Interesse, weil sie - nach Angaben von Präsident Bush - planen, sich des Öls in den arabischen Ländern zu bemächtigen (Irak, Iran, Somalia, Jemen, Libyen und Saudi-Arabien). Die Palästinenser werden so stark gedemütigt und verfolgt, dass sich in den arabischen und moslemischen Gebieten kein Mensch mehr traut, sich gegen das ‚Bushfeuer‘ zu wehren. Das Massaker an den Palästinensern ist nur der erste Schritt zur Destabilisierung der gesamten Region. Seit seiner Gründung 1948 setzen die USA den israelischen Staat, den sie bezahlen und mit Waffen beliefern, als ihren Kettenhund im Nahen Osten ein.

Wie die amerikanische Regierung setzen auch die europäischen Regierungen die Selbstmordattentate der Besetzten mit den Massakern der Besatzer gleich und fallen damit den Palästinensern in den Rücken. Dabei bekunden sie das Recht der Palästinenser auf die Gründung eines eigenen Staates, obwohl sie Arafat bereits die vertraglich zugesicherte Staatsproklamation ausgedet hatten. Hätte er doch nicht auf die europäischen Staatsmänner gehört, von denen viele Israel mit den Waffen beliefert haben, mit denen nun die Palästinenser getötet werden. Jetzt kontrolliert Arafat nur 10m2, und seine Besucher werden von den israelischen Besatzern beschossen.

Sofort ein palästinensischer Staat - erst dann kann das Problem mit den Selbstmord- attentaten gelöst werden!

Die Palästinenser wehrten sich erst, als Sharon noch vor seiner Wahl zum Staatsoberhaupt mit Hunderten israelischen Soldaten für kurze Zeit den Tempelberg in Jerusalem okkupierte - palästinensisches Gebiet. Die Selbstmordattentate sind die direkte Folge des alltäglichen Besatzungsterrors. Hier gilt es, bei aller politischen Kritik an der Sinnlosigkeit der Attentate ein Verständnis für die Verzweiflung der palästinensischen Jugend zu entwickeln. Anklagen müssen wir Sharon, der ja schon seit 50 Jahren vor den Augen der Weltöffentlichkeit unwidersprochen Terrorakte begeht; angefangen vom Terror der Hagannah über die Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila bis hin zu den jüngsten Exekutionen. Die Selbstmordattentate sind für ihn nur nützliche Munition für seine Propaganda, weil sie vor allem Unschuldige treffen.

Wenn aber Israel Palästina weiter besetzt hält, dann kann es keine "Friedensverhandlungen" geben, sondern nur Diktate. Ein endgültiger Friede kann doch nur zwischen zwei gleichberechtigten Staaten geschlossen werden; aber Sharon schürt die Eskalation einseitig. In dieser Situation von einer Gewaltspirale zu sprechen, heißt die Ausrottung oder Vertreibung des palästinensischen Volkes zu dulden. Jetzt gilt es, sich klar auf die Seite der besetzten Palästinenser zu stellen. Wenn sich eine starke Bewegung weltweit mit dem geknechteten

palästinensischen Volk solidarisiert, dann wird die verzweifelte Jugend Palästinas wieder eine Perspektive bekommen und die Selbstmordattentate aufgeben können. Wer begeht schon freiwillig und ohne Zwang Selbstmord?



Israel raus aus Palästina!

**Sofortige Einstellung aller Zahlungen und der
Militärhilfe an Israel!**

**Sofortige Ausrufung des palästinensischen Staates
und die umgehende Anerkennung durch Europa!**

Lasst die palästinensischen Freunde nicht allein!

NATO: Keine Lösung auf dem Balkan!

- Norbert Nelte -

(KK 16 - 7/1998)

Ob es zu einem Krieg um Kosovo kommen wird, ist keine Frage mehr, sondern nur noch das Wie und Wann.

Der Machtpolitiker Milosovic startet einen Völkermord im Kosovo und die NATO weiß nichts anderes, als mit ihren Jägern die Muskeln spielen zu lassen und offen mit Krieg zu drohen.

Außenminister Kinkel beschwört zwar noch den UNO-Sicherheitsrat, aber Rüge droht mit dem Kriegseinsatz ohne irgendwelche Scheinlegitimation.

Vor 20 Jahren konnten es sich die normalen Bundesbürger überhaupt nicht vorstellen, daß die deutsche Armee wieder einen Angriffskrieg führen wird.

1998 ist es der aufgeklärten Presse nur ein müdes Schulterzucken wert, daß die Deutschen wieder einen Angriff starten wollen. Kein lauter Protest, so gut kann die bürgerliche Propaganda wirken.

Die NATO droht mit Luftangriffen. Manche denken auch an einen späteren Bodeneinsatz. Gleichzeitig sagen die NATO-Generäle aber auch, daß ihr Ziel nicht ein unabhängiges Kosovo ist. Sie erhoffen sich mit den Bombardements von "militärischen" Zielen ein künftiges Wohlverhalten Milosovics, den Abzug aller Polizeikräfte aus dem Amselfeld.

Warum aber alle westlichen Diplomaten wie Milosovic selber gegen ein unabhängiges Kosovo sind, lassen sie nur hinter vorgehaltener Hand verlauten. Man rechnet damit, daß sich ein eingenständiges Kosovo mit dem Mutterland Albanien zusammenschließen wird.

Dieses "Groß"-Albanien übe dann eine Sogwirkung auf die in Mazedonien lebenden 30% Albaner aus. Albanien selber wird seine Interessen auf den mazedonisch-albanischen Teil anmelden. Dann werden Griechenland und Bulgarien ihre Interessen an Mazedonien anmelden. Ein unabhängiges Kosovo würde also zwingend die Auflösung von Mazedonien hervorrufen.

Gleichzeitig würde Montenegro seine Unabhängigkeitsgelüste durchsetzen. Ein Krieg hin und her auf dem Balkan wäre also die Folge, wenn man den albanischen Kosovo-Bewohnern nachgibt.

Sicher, der Völkermord an den Albanern im Kosovo ist ein großes Verbrechen von Milosovic. Die NATO hat aber genau die gleiche Antwort, die der fremden Entscheidung über die Massen.

Es sollen nicht die Völker der Welt selber über ihr Schicksal entscheiden, sondern im Vordergrund steht das Interesse der Imperialisten, daß sie in Ruhe weiter Profit produzieren können. Ein Krieg in Europa stört da nur.

Das schwerste Zipperlein für die deutsche Bourgeoisie ist nicht das tausendfache Leid, was durch den Belgrader Schlächter ausgelöst wird, sondern das Flüchtlings"problem", die dem deutschen Fiskus dann wieder auf der Tasche liegen.

Die Metropolen stehen also in der Zwickmühle zwischen Pest und Cholera. Wenn sie für Kosovo als eigenständiges Land eintreten, gibt es einen Flächenbrand auf dem Balkan und wenn sie nur für ein autonomes Gebiet in Jugoslawien kämpfen, wird Milosovic die Albaner ohne Ende unterdrücken, und die albanische Befreiungsarmee wird weiter um die Region kämpfen. Dann können sie gleich die Hände in den Schoß legen und der Abschlächterelei zuschauen.

Die Westmächte bleiben völlig unglaubwürdig für die Menschen in der Region. Und die Russen denken nur an ihr Geschäft. Jugoslawien ist fast nur noch der letzte Waffenabnehmer ihrer Kriegsindustrie.

Sie müssen befürchten, daß Belgrad wie im Irak die Veralterung der Waffen in einem Vergleich mit dem Westen erkennt und müssen daher ein Angriff aus dem Westen ablehnen. Außerdem ist Milosovic der letzte treue Verbündete von Moskau.

Aber auch dafür haben die Imperialisten ihre Antwort. Gleich einen Tag nach den einschüchternden Manövern der NATO beschloß der IWF, eine Delegation nach Moskau zu schicken, und stellte weitere Kredite in Aussicht. Rußland benötigt dringendst Geld und wird sich letztlich dem Willen der Westmächte beugen und dem Krieg gegen Belgrad zustimmen.

Ob Clinton oder Milosevic, Jelzin oder Rüge, diese Herrschaften haben nur Bomben und Granaten für die Völker des Balkans, Tod und Jammer.

Die einzige Möglichkeit wird darin liegen, daß die albanischen Arbeiter gemeinsam mit den serbischen und allen Arbeitern des Balkans für eine gemeinsame Welt eintreten.

Die Machtgelüste eines Milosovics und die Profitinteressen der USA und von Rußland können dem Land keinen Frieden bringen.

Die Arbeiter müssen in jedem Streik für ihren Lohn lernen, daß sie die Konkurrenz untereinander aufheben müssen, wollen sie den Chef in die Knie zwingen.

So können sie sehen, daß sie auch international die Konkurrenz aufheben müssen, wenn sie in Frieden abgesichert leben wollen.

Die Bourgeoisie wird in Bosnien diesen Frieden nicht mehr schaffen können. Ob ihres Unvermögens zum Frieden hetzt sie überall die Völker auf. In Kroatien hat sie ihren Menschen nur nackten Nationalismus anzubieten. Was den Menschen in Montenegro noch bevorsteht, ist noch nicht zu erahnen.

Nicht, daß all diese Probleme schon genug, geschweige denn gelöst wären, da kommt schon das nächste an. Es wird im Kapitalismus keine Ruhe mehr auf dem Balkan geben.

Somalia, Libanon und Afghanistan liegen nicht nur in Afrika und Asien, sie liegen schon vor unserer Tür und der Weg bis ins Zentrum von Europa ist nicht mehr weit.

Wir dürfen nicht glauben, daß die wirtschaftliche Stärke von Europa diese Kämpfe weiter außen vor halten kann. Plötzlich gibt es einen Crash und vor uns steht Rambo mit der Stirnbinde und einer Kalaschnikow. Dann doch lieber Sozialismus. Oder?

Kein Blut für Öl!

★ Norbert Nelte

(KK 19 - 1/1999)

Pünktlich zum Jahreswechsel 98/99 bietet der Oberimperialist USA der Welt wieder sein Weihnachtsmassaker, im Fernsehen wird sowieso zuviel geschmüst, da brauchen wir doch für unsere lieben Kinderlein wieder ein Hardcoreblutspritzerdrama mit vielen fetten martialischen Bummsraketen.

Mit 201 Flugzeugen, 24.000 Soldaten, mehr als 20 Schiffen und 200 Marschflugkörpern terrorisierten die Vereinigten Staaten das kleine und arme Land Irak. Warum, weiß Amerika selber nicht genau, jedenfalls muß dieses Land endlich demütig vor dem Riesen auf die Knie fallen.

Sicher ist der Diktator von Bagdad ein blutrünstiger Kerl und plant mit seinem ABC-Waffenpotential nichts Gutes - nur, das wäre kein Grund für einen Angriff, dann müßten die USA die ganze Welt in Dauerbeschuß nehmen. Pakistan hat seine Atombombe, Sudan seine chemischen und biologischen Waffen, China entwickelt weiter die Atombombe, Nordkorea startet ständig U-Boot-Angriffe, und im Pandschab baut jeder Teenager an seiner Kalaschnikow. Zu allererst müßte Amerika aber seine eigenen Freunde, Israel, Europa und nicht zuletzt sich selber den großen Gong verpassen.

Den Diktator zu ermorden, darum geht es den USA wirklich nicht. Als sie bei der Zurückeroberung ihrer Ölvorkommen in Kuwait im Golf eingriffen, rieten ihnen die Saudis, nicht in den Irak einzudringen.

Dort gibt es zu Saddam Hussein keine Alternative. Die demokratischen Intellektuellen sitzen in London und sind von den Massen isoliert, nur die Schiiten im Süden sind in der Bevölkerung verankert. Sie sind aber von Teheran abhängig, und bei ihrer Machtübernahme würde nur der Einfluß der Mullahs im Golf vergrößert.

So droht auch bei einer Ermordung des Tyrannen der Zerfall des Iraks in einen kurdischen Norden mit zersplitterten Clangebieten, einem schiitischen Süden und einer sunnitischen Mitte, ähnlich wie in Somalia.

Der Zerfall der Nationalstaaten kennzeichnet aber auch - mit oder ohne Krieg - die Entwicklung der Endform des Imperialismus. Es wird also auch im Irak zu einem Zerfall kommen. Das ist die unweigerliche Richtung in die Barbarei, die von immer mehr Ländern - über Pandschab, Afghanistan, Somalia, Ruanda, Liberia, Turkmenistan und anderen "stans"-gewiesen wird.

Den Krieg führt Amerika natürlich nur gegen die Länder, die sich nicht in die imperialistische Hierarchie einordnen, die drohen, ihre eigenen Geschäfte zu machen und dabei die Geschäfte unseres Oberdealers nicht berücksichtigen.

Und so ging es auch diesmal in erster Linie ums Ölgeschäft. Irak verfügt über die zweitgrößten Ölvorkommen der Welt. Sollten diese abgebaut werden, droht der Ölpreis ins Bodenlose zu fallen. Es gibt heute schon eine Überproduktion auf dem Weltmarkt.

Und verdienen würde daran nur die Konkurrenz. Rußland und China besitzen Ölfelder im Irak. Deshalb protestieren sie auch immer aufs Schärfste gegen einen amerikanischen Angriff - ihnen entgehen gute Geschäfte.

Amerika konnte aber zwei Fliegen mit einer Klappe erschlagen. Weil der unartige Hussein sowieso eins auf die Finger kriegen mußte, konnten die USA gleich ihre Waffentests im Irak durchführen. Denn auch Amerikas Waffenprogramm erfordert von Zeit zu Zeit Tests in der Praxis.

So ergaben diese Tests auch eine weitere Verbesserung der Marschflugkörper. Zwar betrug die metergenaue Punktzielsicherheit nach eigenen Angaben noch immer nur 4%, sie sei aber schon doppelt so hoch wie voriges Mal.

Nach dieser Logik bräuchten die Vereinigten Staaten also nur noch (100 minus 4) durch zwei = 48 Kriege mit jedesmal nur ca. 1.000.000 Toten = 48.000.000 Toten zu führen, um eine 100%ige Genauigkeit der Cruise Missiles zu erreichen. Bei 100 verschiedenen Raketen wären das 48 Millionen x 100 = 4,8 Milliarden.

Dann bleiben zwar nur noch Rockefeller und sein Präsident über, aber wenn es dann mal eine Präsidentin gäbe, würde das ja für die Neugründung der Menschheit langen. Nur ob das noch bei Kindern mit 3 Augen und 4 Beinen erstrebenswert ist und eine vitale Welt schaffen kann, bleibt zu fragen.

Manche Republikaner sehen zwar hinter dem Waffengang ein Ablenkungsmanöver Clintons von seiner Love-Story, das erklärt aber höchstens die Eile.

Das amerikanische Kapital würde die horrenden Ausgaben der Militärmaschine nur für das Privatvergnügen eines Diensthabenden gar nicht zulassen.

Mit dieser Lewinsky-Story soll auch nur von den eigentlichen Ursachen des Weihnachtsmassakers abgelenkt werden.

Es geht um nichts anderes als um Öl und die militärische Vorherrschaft des Superimperialisten USA.

Der Imperialismus hat nur noch Tod und Zerstörung anzubieten. Seine Wirtschaft steckt schon lange in einer Sackgasse.

Leider sind die "Linken" mittlerweile sanft entschlummert, und der amerikanische Blitzkrieg konnte weitgehend ohne ihren Protest über die Bühne rollen.

Somit ist aber auch das Protestfeld frei für eine neue von stalinistischen Ideologien nicht verbrauchte neue Generation von Klassenkämpfern.

Sie wird es zu verhindern wissen, daß sie vom Imperialismus mit in den Abgrund gerissen wird.

Die IS bietet dieser neuen Generation statt Blut für die Menschheit ihre Befreiung an.

USA raus aus dem Golf!

Die NATO, die SPD und die Grünen wollen Krieg

★ Norbert Nelte

(KK 20 - 3/1999)

Die NATO gibt vor, sich für die Rechte der Kosovaren einzusetzen. Scheinbar will sie sie vor den Massakern von Milosevic schützen. Sie droht mit militärischen Einsätzen. Sie wird aber mit der Armee den Balkan nicht befrieden können.

Außerdem geht es der NATO nicht um die Abwehr eines Völkermordes, sondern nur um ökonomische Interessen. Ihre Unglaubwürdigkeit zeigt sich schon daran, daß sie nicht in Kurdistan oder Ost-Timor interveniert?

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verwandelte sich die Konkurrenz der Blöcke (zwischen dem privatkapitalistischen Westen und dem staatskapitalistischen Osten) in die normale Konkurrenz zwischen kapitalistischen Staaten.

Damals verlangten die USA von Rußland eine massive Begrenzung der Rüstungsexporte. Sie sanken dann auch von 10 Milliarden US \$ 1990 auf unter 2 Mrd. 1994 ab. Jugoslawien ist einer der letzten treuen Waffenkunden von Rußland.

Auch mit anderen Produkten ist Moskau der größte Handelspartner von Belgrad. Das muß jetzt anders werden. Der größte Handelspartner von Kroatien ist mit 90% des gesamten Außenhandels Deutschland. In Bosnien ist dies nicht viel anders. Deshalb preschte damals der Ex-Außenminister Genscher mit der Anerkennung dieser Staaten voran. Deshalb steht die Bundeswehr mit mehreren tausend Soldaten auf dem Balkan und will mit 5.000 Mann in den Kosovo einmarschieren.

Dafür drohen sie mit Militärschlägen. Um die Belgrader Regierung kann einem das wirklich nicht leid tun, sie sind letztlich selber große Völkermörder in Kroatien, Bosnien und jetzt dem Kosovo. Unter den Terror-Anschlägen der NATO muß aber die unschuldige - sicher zum großen Teil aufgehetzte - serbische Bevölkerung leiden.

Deshalb ist die NATO selber ein Völkermörder. Erstens ist ihre Begründung für den Militärschlag nicht ehrlich und zweitens können die Mittel der Imperialisten auch überhaupt nicht helfen.

Inzwischen fallen die Kosovaken und Serben im Kosovo übereinander her. Wie auch in Bosnien oder Kroatien können in der Ära des Kapitalismus diese Völker nur zur Ruhe kommen, indem man sie auseinander bringt. Das hieße, ein eigenstaatliches Kosovo schaffen.

Aber genau das will der Imperialismus nicht. Er befürchtet, daß ein eigenständiges Kosovo sich sehr schnell mit Albanien zusammenschließen würde. Dies wiederum hätte zur Folge, daß sich in Mazedonien eine albanische Bewegung entwickeln würde, die ein Anschluß an ein Großalbanien anstrebe. Nun würde auch eine Unruhe in der albanischen Bevölkerung entstehen.

Im Ergebnis stehe wahrscheinlich die Auflösung Mazedoniens und die Destabilisierung des ganzen Balkans. Dann würde auch der Vorteil entfallen, Rußland den ökonomischen Einfluß über den Kosovo zu entziehen.

Deshalb sind die Imperialisten auf alle Fälle gegen eine Eigenstaatlichkeit des Kosovos und sichern dies auch Belgrad zu. Nur wird in einem wie auch immer gearteten Kosovo - als autonomer oder nicht autonomer Landesteil - die kosovakische Bevölkerung nie in Ruhe leben können. Sie wird immer von der serbischen Regierung schikaniert und entrechtet werden.

Deshalb sind auch die Albaner in der Mehrheit, vertreten durch ihre Untergrundarmee UCK, gegen den NATO-Vorschlag. Und in der Tat, Milosovic bereitet bereits neue Massaker vor und versucht, das Militär derart vorzubereiten, daß er seine Kontrolle und Schikanemöglichkeiten behält. Dafür zögert er eventuelle "Einigungen" zur Verhinderung der NATO-Militärschläge hinaus, um noch möglichst viel eigene Unterdrückungs-Infrastruktur im Kosovo zu schaffen.

Nicht nur, daß der Imperialismus eine völlige Unabhängigkeit vom Kosovo verhindern will, er schafft auch die Bedingung, die zu dem subimperialistischen Verhalten der schwachen Länder, also auch Jugoslawiens führt. Er setzt Belgrad mit der Zollschrankenpolitik und imperialistischen Wettbewerb ökonomisch so unter Druck, daß es seine Rettung nur in der Ausdehnung seines Einflußgebietes sieht.

Die Metropolen treten selber die Rechte der Völker mit Füßen und brechen in jeder Weltecke Kriege vom Zaun. Sie haben schon zwei Weltkriege geführt und danach Korea, Vietnam und Grenada verwüstet.

Gerade sie wollen jetzt Frieden auf dem Balkan bringen? Der Imperialismus hat zugeschaut, wie die Juden von den Deutschen in Massen ermordet wurden. Unter den Augen der Holländer wurden in Srebrenica die Bosnier massenweise umgebracht. Jetzt wollen sie plötzlich die Kosovaren schützen? Die NATO oder auch die UNO sind doch vollkommen unglaubwürdig.

Die einzige Rettung der Kosovaren kann nur die gemeinsame Aktion der serbischen, bosnischen, mazedonischen und kosovarischen Arbeiter bringen. Dies ist sicher ein langer Weg, aber der Weg des Imperialismus ist unmöglich, er führt nur zu noch mehr Blut und Elend.

Milosovic raus aus dem Kosovo!

NATO raus aus dem Balkan!

Schluß mit den NATO-Bomben

- Norbert Nelte -

(KK 21 - 5/1999)

Zum Ende des Jahrtausend stehen wir vor der Gefahr eines 3. Weltkrieges, dem Einsatz von Atomwaffen und damit dem endgültigen Aus für die Menschheit. Rußland drohte nämlich bereits bei dem Einmarsch von NATO-Bodentruppen mit dem Einsatz von Atombomben.

Gerade die Grünen, die aus der pazifistischen Tradition kommen, sind besonders mit ihrem Außenminister wesentlich an dieser Barbarei beteiligt.

Die PDS und die DKP, die auch aus der pazifistischen Tradition des Ostermarsches kommen, sind - zumindestens im Geheimen - auf Seiten der serbischen Kriegstreiber gegen die Kosovaren.

Was ist zu tun? Die Welt, die Parteien sind in sich zerrissen, und jeder Mensch ist es auch. Er ist auf der einen Seite gegen den Kriegswahnsinn und andererseits will er den Kosovaren beiseite stehen. Welche Haltung sollte man als Arbeiter, als Sozialist oder friedensliebender Bürger einnehmen?

Die imperialistische NATO erklärt, daß ihr Kriegsziel die Hilfe für die Menschen im Kosovo war und ist. Das war aber nicht das wirkliche Ziel. Es geht den Westmächten um Märkte und Einflußgebiete, wie in Kroatien und Bosnien, wo nur noch Handel mit dem Westen getrieben wird. 90% des Imports in Kroatien kommen von Deutschland.

Insbesondere will der Westen die Waffenlieferungen übernehmen. Daß es der NATO nicht um die Menschen geht, wird jetzt eindeutig mit den Bildern der Vertriebenen aus Mazedonien und Albanien bewiesen. Sie mußten tagelang in ihrer eigenen Scheiße stehen, und viele wissen nicht mehr, wo sie etwas zu essen herkriegten. Sie werden einfach gegen ihren Willen irgendwo nach Australien oder in die Türkei deportiert.

Die USA will zwar 20.000 Vertriebenen aufnehmen, aber nur isoliert auf dem Truppenstützpunkt auf Kuba, fernab von jedem normalen menschlichen Leben. So sieht die "Hilfe" des Oberimperialisten aus. Die Kosovaren werden nicht mehr von den Serben gekillt, sondern von den US-Amerikanern in einem KZ-ähnlichen Lager entpersönlicht. Für ein Vierteljahr - und dann?

Dafür soll die Welt das Risiko eines 3. Weltkrieges eingehen? Nein, das kann nicht die wirkliche Haltung aller friedliebenden Menschen sein. Wir entfernen uns mit jedem Tag NATO-Bomben von dem eigentlichen Ziel, den Menschen im Kosovo zu helfen.

Nachdem die Serben Massenmorde an Frauen und Kindern im Kosovo verübten, fingen die Bombardements an mit dem Ergebnis, daß die Serben die Kosovaren vertrieben.

Es wurde weiter gebombt, und auch serbische Wohnhäuser mußten dran glauben, mit dem Ergebnis, daß die Serben die Kosovaren als lebende Schutzschilde einplanen.

Es wurde weiter gebombt, mit dem Ergebnis, daß der Imperialist Rußland einen Militärpakt mit Serbien schließt und droht, in den Krieg mit einzutreten.

Die Kriegsspirale schraubt sich immer weiter nach oben, und wir brauchen für den Frieden ein ganz anderes Mittel als die Kriegstreiberei.

Wir fordern im Westen als ersten Schritt:

Schluß mit den NATO-Bomben!

Bedingungslose Kapitulation!

**Unterstützung der Vertriebenen nach
ihrer eigenen Wahl.**



Und Milosevic und seine Clique? Sie könnten doch dann weiter die Kosovaren abschlachten und ihnen das Recht auf eigenständige nationale Entwicklung vorenthalten? Sie hatten schon lange vor den NATO-Bombardements die Kosovaren unterdrückt, Frauen vergewaltigt und Zivilpersonen abgeschlachtet. Sie hatten ihnen schon 1989 die wenige Autonomie, die sie hatten, genommen.

Deshalb müssen die serbischen Arbeiter ihren bürgerlichen Mummenschanz vom "serbischen" Boden des Kosovo aufgeben. Für Sozialisten gibt es keine Eigentumsrechte, schon gar keine 1.000 Jahre alten.

Mit diesem Grufti-Quatsch wird den Palästinensern ein Heimatrecht verweigert und somit die Flamme des Krieges im vorderen Orient heiß gehalten. Den Arbeitern hilft der Nationalismus auch kein bißchen. Er hilft nur Milosevic. Die serbischen Arbeiter sind selber wie die Kosovaren von ihm unterdrückt und müssen ihre Gewehre gegen ihn richten.

Soll der Balkan auch ewig brennen? Sind die Leiden in Slowenien, Kroatien und Bosnien immer noch nicht genug?

Der Boden gehört denen, die dort wohnen und arbeiten, und das sind heute die Kosovaren. Deshalb muß jeder friedliebende Serbe und Russe heute fordern:

Belgrad raus aus dem Kosovo

Schluß mit der Abschlachterei der Kosovaren!

Aber das fordert heute doch nur eine verschwindend kleine Minderheit von Serben. Dass die Albaner von Milosevic vertrieben werden, damit ist doch eine große Mehrheit einverstanden. Die Forderung ist doch utopisch, damit ist den Menschen im Kosovo momentan überhaupt nicht geholfen, werden viele einwenden.

Richtig. Aber der Imperialismus will und kann auch nicht den Menschen helfen. Hilft er in Kurdistan oder Osttimor? Hilft er den Kindern in der Welt, von denen jeden Tag 50.000 verhungern müssen? Hilft er den Menschen in Liberia oder in Afghanistan?

Nein. Wenn der Imperialismus ein Geschäft mit Mördern wittert, wie jetzt mit dem persischen Henker Chatami, dann geht er dafür über Leichen.

»Eine ganze Reihe von Kongressen dieser Herrschaften schwelgt schon im Vorgeschmack der Profite, die bei einem Sieg der Zarenarmee in ihre Taschen fließen würden«,

schrieb Lenin schon im 1. Weltkrieg über die russische Bourgeoisie. In Rest-Jugoslawien wollen die Russen und die Amis oder die Europäer Geschäfte machen, und stehen sich dabei gegenseitig auf den Füßen.

Die Menschen am Ende der imperialistischen Epoche gehören zu einer verlorenen Generation. Es wäre auch absurd, gerade vom Imperialismus, der dieses ganze Leid in der Welt schafft, zu erwarten, daß er dieses Leid auch wieder aus der Welt schafft.

Die Kosovaren müssen vor dem Völkermörder Milosevic ihren Kopf retten und die Beine in die Hand nehmen. Der Westen muß sie nach ihrer Wahl aufnehmen.

Wir Arbeiter können nur langfristig helfen. Da haben wir eine klare und unumkehrbare Antwort. Der Balkan ist ein ethnologischer Flickenteppich. Solange es Imperialismus gibt, wird es Konkurrenz geben und gegnerischen Nationalismus. Dieser bedeutet für den Balkan: Alle gegen alle. Wer zuerst dem anderen den Kopf einschlägt, hat gewonnen.

Deshalb liegt die Lösung besonders für den Balkan schon heute nur in der Erkenntnis, daß die Grenzen zwischen oben und unten verlaufen, nicht zwischen den Nationen. Alle Arbeiter des Balkans, egal ob Bulgaren, Serben, Rumänen, Bosnier, Albaner oder Türken müssen gemeinsam gegen die herrschenden Kapitalisten auftreten und eine gemeinsame balkanische Sowjetrepublik aufbauen, in der alle gleichberechtigt sind.

Ihre gemeinsamen Interessen lernen die Arbeiter im sozialen Kampf kennen. Deshalb gilt es, die Streikämpfe, die ab und zu in der Region aufflackern, massiv zu unterstützen.

Den sich feindlich gegenüberstehenden Soldaten wollen wir heute schon zurufen: Macht Schluß mit der Schlächterei in Serbien und im Kosovo. Wendet Eure Waffen nicht gegen Kinder und Frauen, sondern gegen Eure Offiziere - auf beiden Seiten der Front.

Die Arbeiter sind auch international Brüder und Schwestern. Sie dürfen sich nicht zu den Handlangern der russischen oder amerikanischen Geschäftemacher machen.

Unabhängig von ihrem jeweiligen Schwerpunkt gegen ihre herrschende Klasse kann ihre gemeinsame Forderung nur lauten:

NATO raus aus dem Balkan!
- bedingungslos -
Belgrad raus aus dem Kosovo!
- bedingungslos -



Kosovo und die neue Weltordnung

- Norbert Nelte -

(KK 22 - 7/1999)

Mit dem Sieg der Nato über Serbien werden auch die Arbeiter ihre Illusion über eine heile Weltordnung verlieren.

Scheinbar ist alles so gelaufen, wie die Oberstrategen der westlichen Welt sich das vorgestellt haben. Die Bomben haben Milosevic in die Knie gezwungen. Mit der Zerstörung Serbiens ist Rußland immer mehr von Milosevic abgerückt. Zum Schluß mußten die serbischen Generäle das Kosovo räumen, und die Nato-Soldaten konnten ohne einen Toten dort einmarschieren und den Vertriebenen wieder ihre Heimat zurückgeben.

Jetzt aber kommt langsam das böse Erwachen. Die Kosovaren kommen zurück in ihre Dörfer, stellen fest, daß ihre Häuser abgebrannt und ihre Männer umgebracht worden sind, jeden Tag entdecken sie Massengräber, und rächen sich ihrerseits an den Serben, indem sie sie ebenfalls töten, verjagen oder ihre Häuser abbrennen.

Der Krieg zwischen den Serben und den Albanern, den Milosevic zum eigenen Machterhalt entfacht hatte, ist nicht mit dem Sieg der Nato zu Ende.

Solange Rußland und der Westen um den Markt Kosovo und das militärstrategische Aufmarschgebiet in der Nähe des Schittpunktes von Afrika, Asien und Europa konkurrieren, und das wird noch während der gesamten imperialistischen Epoche geschehen, solange werden auch die Menschen sich dort in Konkurrenz verhalten.

Während der Verfolgung durch Milosevic in den letzten 10 Jahren wuchs zurecht die Hoffnung der Albaner auf ein unabhängiges Kosovo. Nun sehen sie sich in der Nähe ihrer Wünsche. Die UCK will das zukünftige Militär dieses Staates bilden und sieht deshalb überhaupt nicht ein, die Waffen abzugeben.

Die Nato will aber die UCK'ler zur Not mit Gewalt entwaffnen. Sie würde auch vor einem Krieg mit ihr nicht zurückweichen. Sie versucht, Rußland in den Überwachungsprozeß mit einzubinden. Nur so konnte sie ohne einen Toten den neuen Markt gewinnen.

Dazu ist es aber notwendig, daß vom Westen die Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien nicht in Frage gestellt wird. Aber genau das wird von allen Kosovaren natürlich in Frage gestellt.

Außerdem will der Westen kein selbständiges Kosovo, weil es sich mit Albanien zu einem Großalbanien zusammenschließen könnte, woraufhin auch die mazedonischen Albaner mitmachen könnten und Mazedonien sich auflösen würde. Das ganze „Gleichgewicht“ in der Region (das sowieso nicht mehr da ist) wäre dann dahin, glaubt das Kapital.

Die Nato-Soldaten haben es nicht nur mit der „renitenten“ UCK zu tun, auch die gesamte Bevölkerung wird sich gegen sie wenden, wenn ihre Forderungen nach einem unabhängigen Kosovo lauter werden.

Die Bevölkerung richtet sich hier und da langsam eine Selbstverwaltung ein, eine gewählte Stadtverwaltung, eine Gerichtsbarkeit oder eine Miliz. Die UNO und Nato aber sehen darin nur eine Gefahr und wollen eine Verwaltung, die nur unter ihrer Kontrolle gewählt wird, die dem Kapitalmarkt und den Imperialisteninteressen mehr dient als der Bevölkerung.

Die Nato hat schon alle Hände voll zu tun, um die verbliebenen Serben zu schützen. Die sind natürlich aus Angst vor der Rache der Albaner nach Serbien geflüchtet. Aber Milosevic schickte sie zurück in das feindliche Umfeld, um dort die „serbische Identität“ zu erhalten. Zynisch setzt er auch seine Landsleute als Bauernopfer ein. 50 Serben sind schon am 24. Juni umgebracht worden.

In Serbien selbst ist die Wirtschaft zusammengebrochen, kaum einer hat noch Arbeit, Wasser, Strom, Heizung. Das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen, die Brücken und Fabriken sind kaputt. Die Opposition gegen Milosevic äußert sich immer lauter. Sogar der Oberpope hat an seiner Stelle eine international anerkanntere Person gefordert.

In Bosnien ist man dem Frieden trotz der Präsenz der Isfor-Soldaten keineswegs näher gerückt. Auf dem Balkan herrscht nur Chaos. Daran wird auch die Anwesenheit der 50.000 geplanten KFOR-Soldaten und der 3.000 UNO-Polizisten im Kosovo nichts ändern.

Die Nato-Strategen rechnen deshalb auch schon damit, mindestens 30 Jahre dort zu bleiben. Die Kosten für den Wiederaufbau werden mit bis zu 190 Milliarden \$ berechnet.

Das ist die neue Weltordnung, die die „freie“ Welt nach dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Länder erwarten darf. Erst wird alles in Schutt und Asche zusammengebombt und dann mit einer Masse Soldaten ein Relikt von Ordnung aufrechterhalten. Von einem normalen Wirtschaftsleben kann bei den Verhältnissen gar nicht die Rede sein. Da ändert auch eine kleine Mini-Fabrik von VW in Sarajevo nichts daran.

Das, was sich das westliche Kapital von dem Krieg erhofft hatte, nämlich Märkte für Waffen, Öl, Hoch- und Tiefbau und andere Waren, ist so im wesentlichen nicht zu erreichen.

Und diese Perversion, die nur mit unendlich viel Blut der Völker zu erreichen ist, kennzeichnet die Zukunft des Kapitalismus. Um überhaupt noch eine Weltordnung aufrechtzuerhalten, stehen überall Soldaten. Eine blühende Produktion ist so nicht mehr möglich. Die fremden Soldaten werden eher rücklings ermordet. Eine Eskalation von Meuchelmord und Verfolgung ist vorprogrammiert. Mad Max läßt grüßen.

5 Milliarden wurden schon in Bosnien investiert. Die Arbeiter in Europa mußten das bezahlen. 190 Milliarden sind schon für den Kosovo und für Rest-Jugoslawien geplant. Die Arbeiter müssen bezahlen und ihre Söhne für die neue Weltunordnung in den Tod schicken.

Der Kriegsminister Rudolf Scharping sieht schon mit dem Kontingent in Bosnien und Kosovo die Grenze für die Bundeswehr erreicht. Bei dem nächsten „Friedens“einsatz müßte also für weitere Soldaten wieder die Arbeitslosenhilfe oder die Rente weiter gekürzt werden.

Die Arbeiter in Jugoslawien werden von Milosevic in die Hölle des Kosovo getrieben und die anderen frieren in Belgrad ohne Strom und Wasser. In Somalia haben die USA und die anderen Imperialisten ihre Intervention schon aufgegeben, weil dort keine normale staatliche

Organisation jedweder Form mehr möglich ist. Rohstoffe lassen sich dort für das internationale Kapital nicht mehr gewinnbringend ausbeuten. Für einen lukrativen Warenmarkt bietet sich Somalia auch nicht mehr an.

Genau so sieht es in irakisch Kurdistan aus. Eine normale Ausbeutungsproduktion ist dort für das internationale Kapital nicht mehr möglich. Immer mehr Gebiete in der Welt entziehen sich der Akkumulation.

Das Kapital kann dem freien Fall der Profitrate neben den entgegenwirkenden Faktoren nur die Expansion der Märkte entgegensetzen. Die entgegenwirkenden Ursachen verlieren langsam ihre Kraft. Beispielsweise sind durch das „Just in Time“-System die Lagerhaltungskosten auf Null gesunken - weiter lassen sie sich nicht mehr senken.

Das letzte Mittel zur Abbremsung des Falls der Profitrate sind Produktionsausweitung und neue Absatzmärkte. Nur eine Ausweitung in dem Maße der Produktivitätssteigerung mal dem Kapitalerhöhungsfaktor könnte den Fall aufheben. Also: Expansion um der Produktion willen.

Da bricht der Ostblock zusammen, und es bieten sich neue Märkte an. Nicht zufällig sind die Spannungsgebiete Jugoslawien, Irak, Somalia oder auch Äthiopien-Eritrea ehemalige Einflusssbereiche von Moskau, in die jetzt der Westen seinen Fuß setzen will.

In Somalia hat der Imperialismus seine Expansionswünsche schon aufstecken müssen. Noch träumt er von einem blühenden Balkan, obwohl er auch schon mit Problemen von der UCK, den Kroaten und Serben in Bosnien und den Plünderern und Kriminellen zu tun hat.

Wenn dann noch die Produktion immer mehr in den alten privatkapitalistischen Ländern wie Kaschmir, Sierra-Leone oder Liberia zusammenbricht, in Angola sich auf Grund der Kämpfe das Öl nicht mehr ausbeuten läßt, dann müssen in immer mehr Gebiete der Welt, nicht nur an den Schnittpunkten zwischen Ost und West, Panzer und Soldaten stehen, damit noch produziert werden kann und die Märkte aufrecht erhalten werden. Der Kosovo zeigt schon die Richtung an.

Eine Genesung des Landes läßt sich aber ganz bestimmt nicht mit fremden Mächten erreichen, nicht mit Serben und auch nicht mit der Nato, wenn überhaupt, können nur die Kosovaren und letztlich die kosovarischen Arbeiter im Bündnis mit allen Arbeitern des Balkans die Region befrieden.

Nato raus aus dem Balkan!
Selbstbestimmungsrecht für Kosovo!

Die NATO, das Öl und der nächste Konflikt¹⁸

Norbert Nelte, November 1999 - während des Kosovo-Krieges KK-23

Der Kosovo-Krieg sei der letzte Krieg in Europa für Demokratie und Humanismus, tönt es aus den westlichen Machtzentralen. Jetzt würden wir endgültig einer ewigen Epoche von Wohlstand, Frieden und Demokratie entgegengehen. Wunderfull. Nur leider stimmt das nicht. Der nächste Krieg ist schon vorprogrammiert und wird schon vorbereitet; und der wird für die NATO nicht so glimpflich und heroisch enden wie der auf dem Balkan.

Er deutet sich an zwei Fronten an: in Taiwan und in Kasachstan, und wer glaubt, daß das nichts mit Europa und der NATO zu tun hätte, der irrt gewaltig.

Bis zum Zusammenbruch des Ostblocks war die NATO ein Verteidigungspakt für den Fall eines Angriffs auf das Gebiet ihrer Mitgliedsstaaten. Seither aber tritt sie in Aktion, wenn „ihre Interessen“ „out of area“ in der ganzen Welt bedroht sind; und „ihre Interessen“ heißt die Interessen der Multis, ihr freier Marktzugang. Die NATO-Doktrin wurde also derart geändert, daß sie die Weltherrschaft anstrebt.

Im Kosovo-Krieg wurden diese „Interessen“ schon schriftlich im Rambouillet-Abkommen fixiert. Dort heißt es: »Die Wirtschaft des Kosovo soll in Übereinstimmung mit den Prinzipien des freien Marktes funktionieren«. ¹⁹ (Rambouillet-Abkommen, Kap. 4., Wirtschaftliche Belange)

Den Serben wurde mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß man sich dem unterzuordnen hat Ihr Land wurde wegen ihres „Ungehorsams“ zur Strafe ins Mittelalter zurückgebombt.

Überall an den Schnittpunkten zwischen den Westmächten und dem ehemaligen staatskapitalistischen Ostblock sind seit 1989 Kriege aufgeflammt. Die Konkurrenz der Systeme hatte sich auf eine normale Konkurrenz zwischen privatkapitalistischen Staaten reduziert. Die NATO sah ihre Chance, die Brocken von dem zerfallenen Kuchen der ehemaligen Supermacht Rußlands an sich zu reißen. Den ersten Krieg haben wir im Irak erlebt, den zweiten in Somalia, dann in Eritrea und im Balkan. Angola kommt auch nicht zur Ruhe.

Jetzt ist Mittelasien an der Reihe. Die Ölmultis haben sich massiv am Kaspischen Meer bei den Öl- und Erdgasvorkommen, eines der heißesten Wachstumsgebiete der Erdölindustrie,

¹⁸

¹⁹ Silte Milosevic wegen dieser Passage den Krieg geführt haben? Das würde bedeuten, daß er für seine staatskapitalistische Bürokratenmacht Zehntausende in den Tod geschickt hat und die Linke sich mit seiner Bürokratenherrlichkeit solidarisiert hat.

engagiert. Mit dabei ist Mobil Oil, Chevron, Shell, BP, Exxon, Amoco, die Russen, die Japaner, die Norweger und alles, was im Ölgeschäft Rang und Namen hat. Wer aber noch dabei ist, ist das ehemals bürokratisch staatskapitalistische Rotchina.

1997 erwarb die staatliche China National Petroleum Corp. die Mehrheit der größten kasachischen Ölgesellschaft, der Aktjubinskneft, und damit die Kontrolle über das zweitgrößte kasachische Ölfeld. Die eine Milliarde vom Fahrrad auf's Motorrad umsteigenden Chinesen sind mit ihrem Öldurst den Amerikanern zuvorgekommen. Es ist eine Pipeline nach China und eine zum iranischen Hafen am indischen Ozean geplant. China breitet sich mächtig in der Region dort aus. Hier ist ein starker Subimperialist außerhalb der Kontrolle der USA entstanden. Auch in Taiwan, Nordkorea und im sonstigen Südostasien will Rotchina ein Wörtchen mitreden. Erst jetzt wieder haben sie ihren Willen dokumentiert mit der Drohung an Taiwan, keinen eigenen, faktisch schon längst bestehenden Staat zu gründen. Chinas Bevölkerung ist schon auf eine kriegerische Eskalation eingestimmt. Bei einer Blitzumfrage auf Pekings Straßen bekundeten alle Angesprochenen, daß man das Problem Taiwan nur mit einem sofortigen Losschlagen „lösen“ könne.

Das wird Amerika nicht lange hinnehmen. Es wird wie auf dem Balkan die Interessen der Multis unter Ausnutzung ethnischer oder nationaler Konflikte durchsetzen. Die gibt es zuhauf auf dem Balkan wie in Mittelasien. Allein in Kasachstan leben 45% Russen. Und wenn keine Konflikte bestehen, schürt man sie. Amerika weiß die Interessen der Multis zu wahren. Schon in Belgrad hat die USA dies mit der Bombardierung der chinesischen Botschaft gezeigt.

Nicht nur, daß der Oberimperialist USA Angst und Schrecken verbreitet. Unter seinem Teufelsmantel kochen dann die kleinen Subimperialisten ihr dreckiges Süppchen. So wie Milosevic die Kosovaren abgemurkst hat, so werden die chinesischen Bürokraten sich nicht daran hindern lassen, über Taiwan herzufallen oder ihre Pipeline in Kasachstan zu schützen. Daß auch die rotchinesische Regierung bei einem Konflikt über Leichen gehen wird, hat sie schon in Tibet oder auf dem Tiananmenplatz gezeigt.

Die Linke darf aber in Anbetracht der Verbrechen der USA nicht über die Schurkereien der kleinen Subimperialisten hinwegsehen. Das genau hatte sie leider im Balkankrieg getan, wo sie zwar richtigerweise die USA aufgefordert hatte, die Region zu verlassen - das Gemetzel Milosevics an den Kosovaren thematisierte der große Teil von ihnen nicht einmal. Wir stellen uns auch nicht auf die Seite des kleinen Räubers, auch wenn er eine Niederlage erleidet. Unsere Anklage des Hauptimperialisten darf kein Deckmantel für die kleinen Imperialisten sein.

Es gilt auch nicht, die Verbrechen des Imperialisten und des Subimperialisten gleichzustellen. Die USA schadet mit ihrer brutalen Eroberung des Weltmarktes der internationalen Arbeiterklasse, die Subimperialisten nur der regionalen. Gegen die USA muß die Weltarbeiterklasse kämpfen, gegen den Subimperialisten nur die regionale, also viel weniger Menschen, aber beide mit dem Ruf: Stop den USA, Stop dem Subimperialisten - jedesmal heißt es: der Feind steht im eigenen Land. Weil also gegen den kleineren Subimperialisten nur eine viel kleinere Arbeiterklasse kämpft als gegen den großen Imperialisten, ist das auch keine Gleichstellung. Das würde nur in China anders sein, aber waffenmäßig ist China genau wie Rußland auch ein großer Imperialist, nur wirtschaftlich nicht. Aber in Belgrad kämpft eine viel geringere Arbeiterklasse als die weltweite gegen die USA. Also keine Gleichstellung.

Diese doppelte Kampfführung ist unerlässlich, will die Linke in ihrem Kampf gegen die USA glaubwürdig sein. Nur, wenn sie den kleineren Räuber auch verurteilt, wird sie auch gegen den Hauptverbrecher genügend Massen hinter sich bekommen.

Diese Frage wird deshalb so bedeutend, weil die nächsten Kriege des großen Imperialisten USA/NATO gegen Subimperialisten wie China oder Rußland geführt werden. Nicht zufällig ist der japanische Militärhaushalt der einzige eines G7-Landes, der seit 1990 gestiegen ist. Mit 51,7 Mrd. Dollar 1997 ist er nach dem der USA mit Abstand der größte [SIPRI-Jahrbuch 1998]. Im April 1999 wurde auch im Rahmen der Japanisch-Amerikanischen Sicherheitspartnerschaft festgelegt, daß im Krisenfall Japans zivile Infrastruktur, das Fernmelde- und Gesundheitswesen sowie Flug- und Seehäfen den US-Streitkräften zur Verfügung stehen. Mit einem größeren Konflikt wird also demnächst gerechnet. Auch »regional erfuhr die Sicherheitspartnerschaft eine Erweiterung, da es nun nicht mehr lediglich um eine Krise im Fall eines möglichen Angriffs auf Japan geht. Künftig ist diese Kooperation auch bei Krisen in Japans Nachbarschaft möglich« ('Handelsblatt' vom 8.4.99)

Die USA hat wegen des Taiwan-Konflikts schon mal seine Flugzeugträger ins Chinesische Meer geschickt. Mit Süd-Korea führt es derzeit eine Militärübung mit 50.000 Soldaten durch, um mit ihnen rechtzeitig vor Ort zu sein. Aber der nationale Konflikt wird nur als Vorwand benutzt, damit die USA und die anderen NATO-Staaten ihre Profitinteressen in Kasachstan brutal durchsetzen können.

Das Öl wird also weiterhin die Welt beschäftigen. Nicht nur im Irak und anteilmäßig auf dem Balkan,²⁰ sondern auch weiterhin in Mittelasien. Wird der Imperialismus im Falle eines kriegerischen Ausbruchs des Konfliktes seine Expansionsgelüste wieder so gut hinter ethnischen Konflikten verbergen können, daß die internationalen Arbeitermassen den Raubcharakter nicht durchschauen und sich hinter den Obergangster stellen? Wird die Linke wieder den kleinen Gangster decken und sich damit unglaubwürdig machen?

Wir hoffen auf die Arbeiterklasse. Wenn sie das Spiel der Oberimperialisten durchschaut, wird sie auch die Spielchen der Linken durchschauen und sich eine wirklich revolutionäre Führung suchen.



²⁰ manche linken Analytiker geben sogar dem Öl die Hauptschuld am Balkankonflikt. Es gibt eine kostengünstige Pipelinealternative für das kaspische Öl von Odessa über Rumänien, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Serbien nach Triest. Nur könnte diese Pipeline für ein paar Mark mehr um Serbien herum gelegt werden, ganz abgesehen davon, daß es noch viele andere Alternativen durch die Dardanellen, direkt über Rußland nach Mitteleuropa oder über die Türkei gibt. Deshalb alleine wurde der Krieg für mehrere 100 Milliarden Dollar nicht durchgeführt. Nein, der Hauptgrund war die strategische Zurückdrängung Rußlands und die Markteroberung. Das Öl spielte allenfalls eine zusätzliche Rolle.

Die zeitlich nachfolgenden Artikel bis hier sind alle in der Broschüre „Kein Krieg für Öl“ dokumentiert. (Gemeinsame Bücher)

Hände weg vom Irak!

Abzug der deutschen ABC-Fuchs-Spür-Panzer

Norbert Nelte

(KBfÖ 1 - 4/2002)

Der US-Präsident George W. Bush kündigte bereits unmissverständlich den Waffengang gegen den Irak an. Außenminister Powell erklärte, dass die Forderung der UNO, Irak solle wieder die Inspektoren zulassen, die Sache der UNO selbst sei. Die USA fordern die Ablösung des Regimes Saddam Hussein. In informierten Kreisen steht der zukünftige Krieg der USA gegen den Irak unumstößlich fest, diskutiert wird nur noch die Frage des Zeitpunktes, wobei die Schätzungen vom Mai bis zum Herbst laufen. Die militärische Planung des Einsatzes ist nach der Auskunft des zuständigen Generals bereits abgeschlossen; was noch nicht abgeschlossen ist, ist die Propaganda. Neben dem Irak rückt auch Somalia immer deutlicher ins Visier der USA. Zur Zeit reist der stellvertretende Präsident Richard Cheney durch alle Länder und bittet um Unterstützung für seinen Feldzug. Bisher erfuhr er aber nur Absagen.

Das wird aber die USA nicht davon abhalten, ihren Raubzug durchzuführen. Aber warum gehen die USA so aggressiv vor? Ihnen droht der Verlust ihrer Vormachtstellung. Die zunehmende Konkurrenz um eben diese Vormachtstellung mit China setzt die USA immer mehr unter Druck. China wird nach Studien der OECD die USA im Jahre 2015 wirtschaftlich überholen - und die brauchen deshalb die Stoffe, aus dem die Kriege gemacht sind: Sprengstoff und Öl. Sprengstoff ist in Amerika genug vorhanden. Die Vereinigten Staaten gaben im letzten Jahr 354 Mrd. € und China nur 19 Mrd. € aus. Darüber hinaus planen die USA bis zum Jahr 2007 Militärausgaben von (bitte anschnallen) 999 Mrd. \$ (*Der Spiegel*, Nr. 8/ 2002).

Was aber fehlt, ist das Öl. Amerika hat einen Gesamtverbrauch von 835 Mill. Tonnen pro Jahr und importiert davon 60% aus der OPEC, und ihr eigener Anteil von 370 Mill. Tonnen wird in 10 Jahren versiegen. Öl wird benötigt, um sich andere Länder politisch und militärisch gefügig zu machen. So droht Amerika z.B. den Japanern ständig, den Ölhahn zuzudrehen, wenn sie immer mehr Autos in die USA exportieren.

Im Gegensatz dazu baut China jetzt aber eigene Handelsbeziehungen zur OPEC auf und will die Japan-Connection übernehmen. Amerika verliert so immer mehr Einfluss und damit auch seine wirtschaftliche Vormachtstellung.

Darum sieht Bush den immer größer werdenden Ölmangel als eine Gefahr für die nationale Sicherheit an (*FAZ*, 25.02.02). Die amerikanischen Ölbesitzer halten den Krieg zum Erhalt ihrer Macht für absolut notwendig. Wenn die Welt Bush und seine Ölbesitzer nicht stoppt, werden im Irak wieder Tausende von unschuldigen Zivilisten getötet.

Die Regierungen der restlichen Industriestaaten werden diesen Waffengang nach kurzem formalen Protest wie eine Naturkatastrophe hinnehmen. Die Ethnien werden aber aufeinander losgehetzt, und der Weltkrieg wird dann noch durch eine Polarisierung weiter angetrieben. Das öldurstige amerikanische Finanzkapital kann nur noch durch Druck von unten, durch die

Arbeiter (Lohn- und Gehaltsabhängige) der Welt gebremst werden. Immer mehr Wut und Furcht erfasst die breite Bevölkerung. Jetzt gilt es, die Wut umzulenken in gezielte Demonstrationen und Proteste. Auch Du bist jetzt gefordert. Kommt alle am Ostersonntag, den 30.03.2002, zum Mahnmarsch ums Amerikahaus.

Stoppt den Ölkrieg Bushs gegen die OPEC!

Butter (6,5%) statt Kanonen!



Kein Krieg in Somalia und Irak, den nächsten Opfern vom Öl-Sauger Bush

Norbert Nelte

(KbFÖ 1 - 4/2002)

Die Ölvorkommen in Amerika versiegen. Von 835 Mio. Tonnen, die die USA verbrauchen, fallen damit in den nächsten 5 Jahren ca. 400 Mio. Tonnen weg, also fast die Hälfte. Wenn die USA nicht unbedingt neue Quellen gewinnen, werden sie gegen die OPEC unterliegen und die Vormachtstellung in der Welt verlieren. Nun stehen die Vereinigten Staaten mit dem Rücken an der Wand, und deshalb hat Bush sich die Erdölpipeline über 50 Mio. Tonnen vom Kasachstan über Afghanistan zum Indischen Ozean freigebohrt. Deshalb wird dieser Krieg geführt, und Mr. Bush ist zu dem Risiko bereit, die Menschheit in einen 3. Weltkrieg zu führen. Deshalb hat er sich weitere Kriege gegen 7 Ölländer (wo Öl ist, ist auch Gegenterror) von der UNO bereits genehmigen lassen. Der Ölkrieg wird also weiter gehen.

Jetzt ist er in Somalia angekommen. Schon 1993 hatten die Ölkonzerne Conoco, Amoco, Chevron unter dem Diktator Barre für zwei Drittel des Landes Bohrrechte von Somalia erworben, weil große Erdölvorkommen vermutet wurden und schon große Investitionen in Millionenhöhe getätigt hatten. US-Präsident Bush, selbst Ölmann aus Texas, war 1993 von den Ölkonzernen zu einem Eingreifen in Somalia gedrängt worden. Einer der Konzerne tat sich dann auch durch eine besondere Tat hervor. Conoco stellte für die US-Streitkräfte in Somalia das Hauptquartier zur Verfügung, quasi als Botschaft der USA im Land. Auch US-Militärs lobten damals in höchsten Tönen die Unterstützung der Konzerne für die Militäraktion.

Schon im September 1991 hatte in London eine internationale Konferenz über die Öl- und Gasvorkommen unter anderem in Somalia stattgefunden. Somalia, so das Urteil der dort vortragenden Experten, befinde sich innerhalb des "Ölfensters", und deshalb »sei die Wahrscheinlichkeit von Erdgas- und Erdölvorkommen sehr hoch«. Schon Mitte der 80er Jahre hatte Bush, damals noch nicht Präsident der USA, von Ölvorkommen in Somalia gehört und auf die »für den Westen wachsende strategische Bedeutung von Ölvorkommen jenseits der Strasse von Hormus« hingewiesen. 1988 gaben die Weltbank und die Entwicklungsorganisation der UNO, UNDP, eine Studie über die Erforschung der Bodenschätze am Roten Meer und Golf von Aden in Auftrag. Ergebnis war auch hier, dass unter anderem in Somalia grosse Vorkommen an Öl und Erdgas zu vermuten sind. 1991 äusserte der für Erdölfragen zuständige Chefsingenieur der Weltbank auf die Frage nach Erdöl in Somalia: »Es ist da. Es gibt keinen Zweifel, dass Öl da ist. Von weiteren Studien wissen wir zwar nicht, wieviel da ist und welches ökonomische Potential es hat. Aber es hat sicherlich ein hohes Potential, wenn die Somalis ihre Angelegenheiten geregelt bekommen.« (Lt. 'Los Angeles Times' vom 18. Januar 1993)

Um Öl zu fördern und durch eine Pipeline zu leiten, ist ein Staat notwendig. In dem jetzigen Zustand in Somalia, daß um jede Ecke Wegrechte verlangt werden, alle paar Meter ein anderer Kriegsfürst herrscht, kann nicht gefördert werden, zumal einige Kriegsfürsten von der militant-fundamentalistischen "AL Ittihad Al Islamija" gestellt werden, die garantiert eine Pipeline zum Hafen zerstören würden. Also ist es notwendig für Amerika, wenn sie sich das Öl von Somalia aneignen wollen, einen Staat dort zu errichten. Die Vorgehensweise wird wahrscheinlich so

ähnlich sein wie in Afghanistan. Die USA erzeugten eine Geldknappheit in Somalia in dem Sie die Auslandsvertretung der somalischen Bank Al Barakaat schlossen. So werden Sie sagen, weil es dort Hungersnöte gibt, sei eine "Humanitäre" Aktion notwendig.

Erst produziert die USA das Elend, um dann scheinbar die Menschen zu retten. Es laufen bereits CIA Agenten durch das Land, um die besten Bedingungen für einen zukünftigen Staat zu eruieren. Es werden nach Amerika freundlichen Leuten Ausschau gehalten, die dann vom CIA geschult werden, den Aufgaben eines zukünftigen Staates zugeordnet werden.

»Das wichtigste Pfand ist seit dem 11. September die Hafenstadt Berbera [Berbera liegt direkt am Golf von Aden]. Hier gibt es nicht nur einen früheren sowjetischen Militärflugplatz mit der längsten Piste Ostafrikas, sondern auch einen Tiefseehafen, in den selbst grössere Schiffe einlaufen können. Er könnte den USA durchaus als Militärstützpunkt im Kampf gegen den Terrorismus in der Region dienen. Zudem könnte ihn auch die deutsche Bundesmarine nutzen.« ('Südkurier')

Also das Ziel der Militäraktionen ist schon ausgemacht. Die Szenarien von Kabul werden sich in Mogadischu wiederholen.

Zur gleichen Zeit, wo die amerikanischen Agenten die Kriegsmöglichkeiten in Somalia auskundschaften, rücken vier deutsche ABC-Fuchspanzer an die Irakische Grenze vor und gleichzeitig dementiert der amerikanische Kriegsminister eine Kriegseröffnung im Irak. Jeder weiß, was davon zu halten.

Es wird deutlich, daß es bei den Kriegen in Afghanistan, Somalia und Irak nicht um getrennte Einzelaktionen, sondern um die Ölbeschaffung des amerikanischen Kapitals in den arabischen Erdölländern, also der OPEC, handelt.

Stoppt den Ölkrieg Bushs gegen die OPEC!

Bushs Propagandafeldzug in Berlin

■ Norbert Nelte

(KBfÖ 2 -6/2002)

Der Propagandafeldzug von Bush für seine nächste Schlacht gegen den Irak fing diesmal in Berlin an. In seiner als "historischen" bezeichneten Rede, bekräftigte er noch einmal seine Entschlossenheit und die Notwendigkeit, Saddam Hussein zu stürzen, da er Massenvernichtungswaffen baue, die er gegen die zivilisierte Welt, insbesondere gegen Israel, einsetzen wolle. Daher müssen mehr "militärische Mittel" eingesetzt werden. Wenn das neue "Bündnis der Freiheit", USA, Europa, Rußland, zusammenhalte, würde die zivilisierte Welt bestehen können.

In den Medien wird weiter gerätselt: Greift er jetzt an oder nicht? Er hätte noch keine konkreten Angriffspläne in der Schublade, so seine Aussage. In Amerika wird das so ausgelegt, als wolle er erst drohen, vielleicht verschwände Saddam ja dann von alleine.

Nur wenn wir den wirklichen Kriegsgrund kennen, wissen wir auch, dass Amerika marschieren wird.

Das sieht man an der 2. Frage, die mit Bush in Berlin diskutiert wurde: den Stahlhandelskrieg

Der europäische Stahl wird hoch subventioniert und kann dadurch billig auf dem amerikanischen Markt verkauft werden.

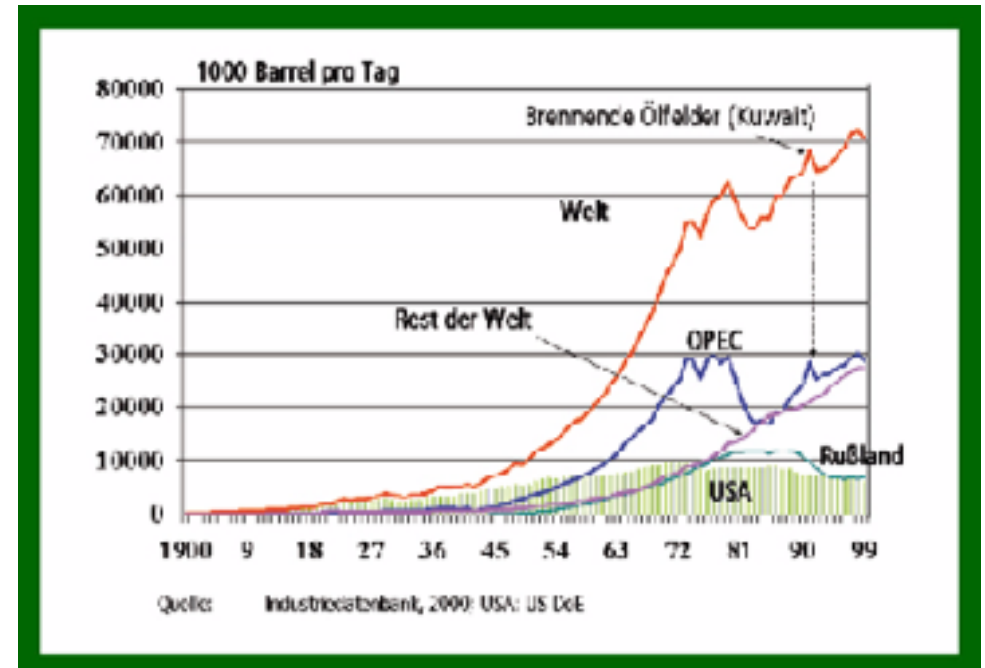
Bisher konnten die USA eine europäische Stahlschwemme verhindern, indem sie der alten Welt günstigere Öllieferungen anboten.

»Wer das Öl hat, kontrolliert die Welt. Öl entfacht Kriege und bringt Frieden. Es stützt blutrünstige Diktatoren und schafft Arbeit für Menschen ohne Hoffnung. Es bringt Wohlstand und Fortschritt - und Tod und Verderben.«²¹

Seit 1998 aber diktiert die OPEC die Ölpreise und die Ölreserven Amerikas sind weiter gesunken, so dass sie kaum mehr Öl für ihre schmutzige Ölpolitik über haben, wie dies auch die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages bemerkt.²²

²¹ Stern-online vom 07.2.2002: www.stern.de/wirtschaft/spezial/artikel_43961.html?seite=2

²² Öffentliche Anhörung von Sachverständigen durch die Enquete Kommission des Deutschen Bundestages "Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung" zum Thema:



Amerikas Öl versiegt in 10 Jahren

Europa kauft jetzt mehr Öl direkt bei den OPEC-Ländern ein. Bei seinen Stahllieferungen an die USA werden dadurch keine Schranken mehr von Amerika gesetzt werden können. Mit dem Verlust der Ölwanne zeigen sich die Schwächen der amerikanischen Wirtschaft.

Prompt verhängt natürlich Washington einen Handelskrieg und verdoppelte seine Stahlzölle. Europa antwortete mit Strafzöllen für Jeans, der Harley-Davidson und weiteren 23 amerikanischen Produkten.

"Weltweite Entwicklung der Energienachfrage und der Ressourcenverfügbarkeit" Schriftliche Stellungnahme zu ausgewählten Fragen der Kommission von Jörg Schindler und Werner Zittel Ottobrunn, im Okt 2000 (Auszüge):

1 "Die dritte Krise ist dann zu erwarten, wenn die Welt außerhalb der OPEC ihr Produktionsmaximum erreicht. Diesen Zeitpunkt haben wir heute erreicht. Die OPEC mit nur 40% Produktionsanteil kann in einer Situation weiter wachsender Nachfrage dem Rest der Welt die Preise diktieren. Dies fällt auch mit dem Produktionsmaximum der Nordsee zusammen"

2 "Bei der üblichen Definition von "nachgewiesenen und unter heutigen Bedingungen wirtschaftlich gewinnbaren Reserven" sollten die angegebenen Vorräte eine starke Korrelation mit dem Ölpreis aufweisen. So zum Beispiel hätte 1998 bei dem niedrigen Ölpreis von ca. \$ 10 / Barrel ein Großteil der Reserven Alaskas oder Europas als nicht wirtschaftlich gewinnbar aus der Statistik entfernt werden müssen. Umgekehrt hätten auf Grund des deutlichen Ölpreisanstiegs des vergangenen Jahres die Reserven zunehmen müssen. Tatsächlich aber sind sogar die berichteten Reserven erstmals seit vielen Jahren leicht gesunken."

Um aber ohne die Ölwanne dennoch die Weltherrschaft zu behalten, kompensiert Amerika den Verlust seiner Ölquellen mit Handels- und militärischen Kriegen.

Damit dieser Handelskrieg sich nicht unnötigerweise weiter verschärft, muss Bush gut Wetter machen in Deutschland und hat ihn nach dem Besuch zurückgenommen.. Der "Handelsfrieden" aber kostete den Rot/Grünen die Akzeptierung, des Krieges gegen den Irak.

In den Propagandafeldzug des Ölkapitalisten Bush wurden entsprechend auch schon deutsche Stimmen mit einbezogen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Klose meinte, dass man die militärischen Drohungen der USA gegen den Irak verstehen und akzeptieren solle.

Und Condeezza Rice, die Sicherheitschefin des weißen Hauses, hat schon im Vorfeld des Bushbesuches die Deutschen ermahnt, die Rüstungsembargos gegen Irak besser zu kontrollieren und Außenminister Powell bezeichnete die kritischen Kommentare als "intellektuellem Geblubber".

Seit einer Woche vor dem Besuch gibt es ganz plötzlich keine Stimmen mehr, die den Terrorismusvorwurf als unbegründet bezeichnen. Alle versichern wieder ihre uneingeschränkte Solidarität. Die Dankbarkeit für die Befreiung und der amerikanische Schutz gegen einen möglichen Angriff der arabischen Welt gegen die BRD wurden wieder beschworen.



Amerika, wir kommen!

Die "Elite" sieht sich durch die Rede Bushs bestätigt. So oft hatte er das Wort "Frieden" noch nie gesagt. Je öfter "die da oben" aber den Frieden beschwören, um so näher sind sie dem Krieg gerückt.

Für Bush und seine Weltordnung kommt zu dem amerikanischen Ölverlust noch ein weiteres Unglück hinzu. China wird unter der Voraussetzung einer stabilen Weltwirtschaft etwa im Jahre 2015 die USA wirtschaftlich überholen. In der IT-Industrie plant Peking sogar schon für das Jahr 2006, Japan und die USA einzuholen.

China wird also bald in der Lage sein, Amerika bei der Ausübung seiner Weltherrschaft Steine in den Weg zu legen, ohne sie vorerst selber erobern zu können. Um die Hegemonie über fast alle Länder zu erhalten, brauchte Amerika 2 Weltkriege.

Gegen dieses Problem aber lassen sich auch nicht vorübergehend Zollschranken aufbauen, dazu ist China ein zu wichtiger Markt für die USA, nein, da brauchen sie unbedingt das arabische Öl.

Also hat Bush und sein Kriegsminister Rumsfeld ein 10jähriges (Eigene Aussagen) Schlachtfest gegen die OPEC geplant.

So betrachtet, wird der Angriff auf die Palästinenser auch logisch. Nach seinem Propagandafeldzug wird Bush höchstens 2,3 Monate vergehen lassen können vor dem nächsten Angriff, sonst hat die Weltelite auf Druck ihrer Bevölkerung die Notwendigkeit eines Krieges für den Erhalt der Weltherrschaft der USA bald wieder vergessen und die Propaganda war umsonst.

Man muss auch der Weltöffentlichkeit immer wieder die "Barbarei" der Araber vorführen, damit eine Distanzierung von ihnen geschürt werden kann. Diese Aufgabe fällt den Israelis zu. Sie müssen dafür immer nur genügend provozieren, damit möglichst viele arabische Länder sich mit den Palästinensern solidarisieren und die USA dann einen Anlass haben, um gegen sie Krieg zu führen und ihre Ölquellen zu kontrollieren.

Bush redet zwar immer von einem palästinensischen Staat, verschiebt aber seine Gründung auf den St. Nimmerleinstag. Nach Berlin lehnt er die Forderung von Ägyptens Staatspräsident Mubarak nach der sofortigen Gründung ab, es müsse erst die Autonomiebehörde reformiert werden.

Dass es in Palästina um amerikanische Interessen geht, wird auch in Israel selber gesehen. Professorin Tanya Reinhart, von der Tel Aviver Uni zitiert einen Prof. Alain Joxe, Führer der französischen CIRPES (Friedens und Strategie Studien) aus der Le Monde vom 17.12.2001:

»die amerikanische Führung besteht im Moment aus gefährlichen rechten Leuten aus den Südstaaten, die versuchen, Israel als Offensiv-Werkzeug zu benutzen, um die gesamte Region des Mittleren Ostens zu destabilisieren.«

Weil Sharon seine Provokationsarbeit auch so gut leistet, so, dass sogar Teile der Friedensbewegung die Selbstmordattentate nicht als eine verzweifelte Gegenwehr gegen die Besatzung und deren permanente Demütigungen, sondern als eine Aggression der Neider ansieht, darf er sich auch was wünschen.

Er will natürlich nicht nur ganz Jerusalem, sondern für immer auch ganz Palästina, wie das jetzt seine Likud-Partei beschlossen hat.

So gesehen, macht eine Vertreibung der Palästinenser für die Achse des "Guten", USA und Israel, auch Sinn, deren Plan jetzt in palästinensischen Kreisen kursiert.

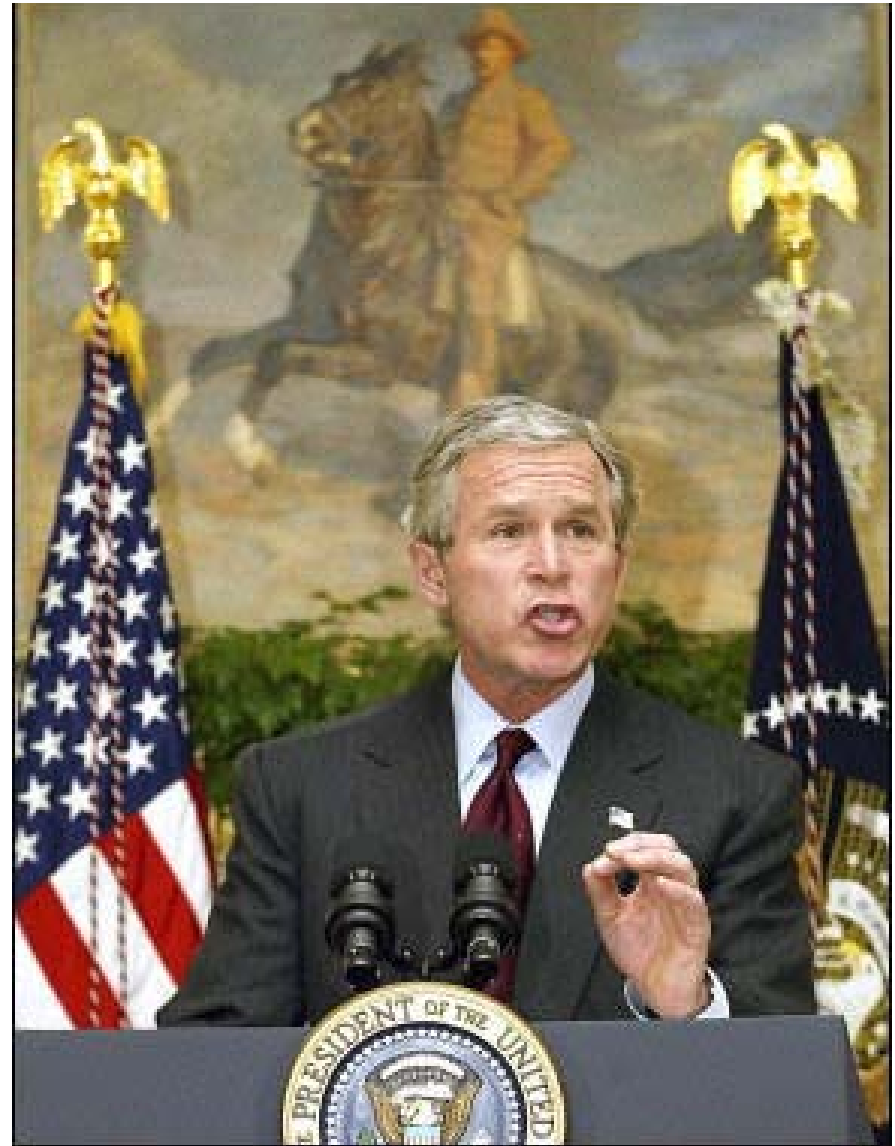
Der international anerkannte Militärgeschichtler Professor Martin van Creveld beschreibt in seinem Artikel "Krieg im Nahen Osten: Ein Szenario" (hier dokumentiert), dass die als "Transfer" bezeichnete Vertreibung von Millionen Palästinensern über den Jordan, schon von 44 Prozent der Israelis befürwortet wird.

Dafür hat Israel in manchen palästinensischen Orten die Kanalisation mit dem Abwasser zusammengeschlossen, damit es zu Seuchen kommt. Bewohner werden foltermässig beschallt und Kindern die Arme gebrochen. Die Jungen, die können, hauen heute schon ab.

Übrigens heisst eine aktuelle Frage, warum werden so viele Kinder immer gewalttätiger? Sie haben das von ihren Eltern oder der Tagesschau gelernt

An den Palästinensern wird ein Exempel ausgeübt, dass allen Arabern die Zwecklosigkeit jeder Gegenwehr zeigen soll. Die Araber werden in den Fundamentalismus getrieben, um sie dann als "Böse" bezeichnen zu können und einen Angriffsgrund zu haben.

Kann die Weltbevölkerung die Ölkriege der USA stoppen und wird Amerika den Weltherrschaftsstab freiwillig an China übergeben oder brauchen wir eine Arbeiterrevolution, um die Welthierarchie und das ganze Grauen zu beenden?



Das satanische Drehbuch

■ Norbert Nelte

(KBfÖ 3 -10/2002)

In Europa sind nur noch 10% für einen weiteren Krieg. Aber auch in Amerika sinkt die Zustimmung. Nur noch 60% wollen einen Waffengang in den Irak. Aber die kleinen Leute haben leider noch nichts zu entscheiden, das tun die wenigen Großen, Milliardäre und Politiker. Diese wollen in Amerika natürlich weiter ihre Gewinne machen, und dazu müssen die USA weiter ihre Vorherrschaft in der Welt behalten. Da bei ihnen das Öl versiegt, was für den Erhalt der Vorherrschaft zwingend notwendig ist, wird also das US-Kapital um jeden Preis, koste es, was es wolle, das Irak-Massaker durchführen.

Genauso stellte sich die Frage mit der Ölpipeline in Afghanistan. Sie musste Amerika auf alle Fälle haben. Darum hatten die Vereinigten Staaten schon seit 1996 mit den Taliban verhandelt. Zur Sicherheit der Pipeline mussten sie auch auf die Auslieferung von bin Laden bestehen. Daran aber scheiterten die Verhandlungen auf einer Konferenz in Berlin bereits im Juli 2001. Der damals anwesende pakistanische Botschafter erklärte nach der Sitzung in der ARD (im *Weltspiegel*), dass nun der Krieg unausweichlich und beschlossene Sache sei.

Nur die Weltöffentlichkeit war für einen Waffengang noch nicht bereit, noch dazu einen 10 Jahre währenden. Also musste eine einzigartige Propaganda her, die die Notwendigkeit der Kriege gegen die OPEC-Länder in einer noch nie dagewesenen Dramatik aufzeigen konnte.

Ernst zu nehmende Beobachter wie Wolfgang Eggert oder der ehemalige SPD-Minister Andreas von Bülow, der inzwischen Spezialist für Geheimdienstaktivitäten ist, vermuten deshalb eine Mitbeteiligung des CIA an den Anschlägen auf die Zwillingstürme am 11.9.2001.

Warum passierte das Ereignis gerade an einem jüdischen Feiertag, als nur wenige nichtreligiöse Juden im World-Trade-Center anwesend waren? Die Terminsetzung stammt doch nicht von der Al Quaida, denn die arabischen Fundamentalisten hätten doch sicher noch gerne alle Juden mit in den Tod gerissen.

Wie kann es kommen, dass die Kidnapper nicht auf den Passagierlisten stehen? Warum stiegen die Abfangjäger erst eine halbe Stunde nach der Entführungsmeldung auf - fünf Minuten sind in solch einem Fall normal. Seltsam - und was besprach der CIA-Mann mit Bin Laden, der ihn eine Woche vor dem Anschlag im Krankenhaus in Katar besuchte - warum erschoss er ihn nicht einfach?

Ob mit oder ohne CIA, der Anschlag kam pünktlich wie bestellt, und schon konnte die Propagandaschlacht beginnen. Sofort wurde das Publikum tagelang weltweit mit dem Schrecken berieselt, so, dass es langsam resistent wurde gegen die Gewalt und somit die Gewalt der eigenen Machthaber hinnahm. Zwar ertrugen sie die Bombardierungen auf die Afghanen nur mit Bauchschmerzen, aber man sah diese als legitim an, da es ja, wie alle glaubten, um Terroristenabwehr ging und diesmal auch noch um Menschenrechte. Vom Öl wurde in der Boulevard-Presse noch nicht gesprochen. Die Propagandaabteilung der CIA hatte ganze Arbeit geleistet.

Auch in der zweiten Schlacht gegen die Palästinenser lieferte er zusammen mit dem israelischen Geheimdienst Mossad eine oskarreife Inszenierung ab. Obwohl man doch normal

mit einem jugendlichen Selbstmörder Mitleid hat, konnten sie den Menschen Glauben machen, dass es sich hier um Verbrecher handelt, nur, weil sie in ihrer Verzweiflung noch einige mitnahmen, die, wie sie glaubten, an ihrer Misere schuld seien.

Israel nimmt der palästinensischen Jugend jede Zukunft und die USA freuen sich, dass nun die arabische Welt derart gedemütigt ist, dass die Sanftmütigen sich nicht mehr wehren und die Verwegenen sich zerfleischen.

Wegen der ständigen Ausgangssperren kann der palästinensische Junge selten zur Schule. Das Telefon ist abgestellt. Der Familie hat man das Haus zerstört. Aus dem Wasserhahn kommt die Seuche. Der Brunnen wurde zerstört. Einen Beruf wird er nicht mehr erlernen können. Wozu auch, es gibt eh keine Arbeit mehr. Die Stütze wird nicht mehr bezahlt, da alle Überweisungen von Israel gesperrt wurden. Eine Familie wird er ohne Arbeit und ohne Haus nicht mehr gründen können. Was ihm blieb, ist nur das Gewehr vom ermordeten Vater.

Und im fernen Amerika spricht der mächtigste Mann der Welt von der Ausrottung der "Achse des Bösen", vom „Stolz auf seine Uniformträger, die die Freiheit in der Welt retten“, und die Kinnladen recken sich in den Himmel, die Hacken zusammen. Ehrfurchtsvoll krönt der Reporter Ben Bush zum größten Präsidenten, den Amerika je hatte, während diese Lichtgestalt den Hinterbliebenen des WTC die Hand und die Herzen drückt. Dabei denkt er nur an das Öl und die Aktienkurse. Sie bereiten ihm Sorge. Aber er steht fest dazu, dass er der Welt das gute Amerika bringt, dazu hat er 40% aller weltweiten Militärausgaben ausgegeben. Das „Gute“ kommt aus seinen Kanonen und ruht in den Bomben, mit denen er die Welt beglücken will.

Das Drehbuch hat uns die 999te Wiederholung des brennenden Zwillingssturms gezeigt und immer wieder Krach und Schreckensgesichter. Es zeigt nicht die weinende Mutter in Nablus und den weinenden Vater in Bagdad, die ihre zarten Kinder zu Grabe tragen.

Es zeigt in Hamburg den verhärteten Bruder vom verzweifelten palästinensischen Jungen, es zeigt Mohammed in Stockholm, wie er sich mit einer Pistole ins Flugzeug schlich und zum 999ten Mal Bin Laden. Wenn es ihn nicht gäbe, der CIA-Drehbuchautor müsste ihn erfinden.

In Bagdad regnet das „Gute“ vom blauen Himmel, und das „Böse“ versinkt in Blut und Tränen. „Spiel mir das Lied vom Tod“ hört man im Hintergrund des dritten Schlachtens.

Aber immer mehr Menschen wollen dieses Lied nicht mehr hören und aus abertausend Mündern schallt das Lied: „Alle Menschen, die ein besseres Leben wollen, sollen aufstehen - Kein Blut für Öl“.

Christliche Fundamentalisten Die neuen Faschisten?

Norbert Nelte

(KBfÖ 4 -10/2002)

Bush und das amerikanische Kapital wollen den 3. Weltkrieg um die Ölwanne und letztlich um die Weltherrschaft 10 Jahre lang führen. Und sie müssen diese Kriege auch führen, will das amerikanische Kapital die Weltherrschaft behalten, denn Weltherrschaft ohne Ölwanne, das geht nicht lange gut. Wie aber will Bush den amerikanischen Wähler davon überzeugen? Nur noch 30% sind für einen Krieg ohne UNO-Mandat und 30% überhaupt gegen jeden Krieg, mit oder ohne Mandat.

Lieber Gott, gib uns das Öl und nicht den Arabern!



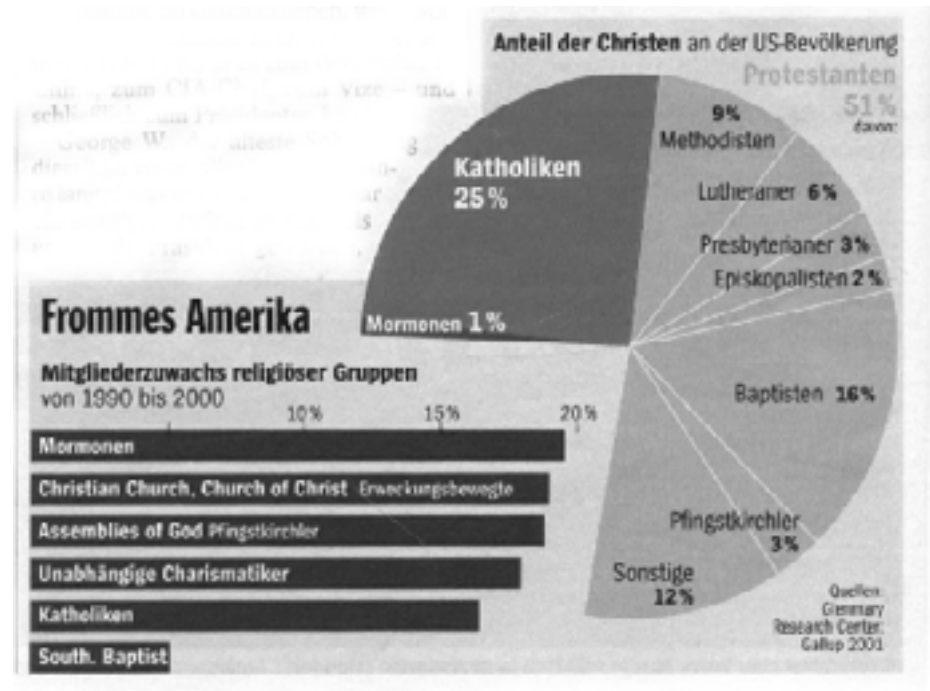
(Allmorgentliche Andacht im Weissen Haus)

Das kriegführende amerikanische Kapital darf also nicht mehr den Wähler entscheiden lassen. Es wird also nach Generäle suchen, die solch eine kriegführende Diktatur auch mitmachen. Für

den Fall aber, wo es keine finden wird, haben Bush und seine Propagandisten schon vorgesorgt. Diese Rolle hat Bush den christlichen Fundamentalisten zugebracht. Er philosophiert: "Gott hat uns aufgerufen, unser Land ("Gods own country") zu verteidigen, um die Welt zum Frieden zu führen" (Alle Zitate aus Spiegel 8/2003)

Und die Gotteskrieger üben sich schon ein. Ein Pastor Andrew Stewart betet dafür, „dass der allmächtige Gott die Feinde unserer Nation für immer vernichten und seinen Segen über unseren Präsidenten, Freund und texanischen Landsmann George Walker Bush ausschütten möge... Er solle unseren Präsidenten gegen unsere Feinde führen.“ Der Präsident für Ethik und Religionsfreiheit der 15.9 Millionen Mitglieder grossen Southern Baptist Convention, Richard Land zum Beispiel tönt: „Einen gerechten Krieg zu führen ist ein Akt christlicher Nächstenliebe. Das Böse muss bestraft, das Gute belohnt werden. Die Zeit für Gewalt ist gekommen.“ Und das Potenzial für den Massenmob auf den Strassen ist auch da: 65.2% der Amerikaner halten sich für „wiedererweckte“ Christen und „glauben, dass derzeit der Anfang jenes Krieges ist, der zum Antichristen und zu ‚Armageddon‘ (Der Endkampf zwischen Gut und Böse und dem tausendjährigem Reich) führt.“

Wie die Faschisten müssen sie aber auch zum Terror auf der Strasse bereit sein. Als Abtreibungsgegner haben sie schon gezeigt, dass sie mit Pistole und Dynamit umgehen können. Und sie trainieren bereits die Massen.



Was steckt dahinter, wenn der grösste christliche Verein sich zum Wahlspruch den Slogan "Eine Bibel und einen Revolver für jeden Amerikaner" gemacht hat und seine Kinder schon mit fünf Jahren zur Schiessübung schickt? Wollen sie die Waffen gegen alle Schwarze, Kriegsgegner und Atheisten, also Linke und Gewerkschafter einsetzen, um sie gleichzuschalten? Verbündete haben sie ja bereits, wie den Klu-Klucks-Clan oder die Terroristen, die Abtreibungsärzte umbringen. Sie fordern doch auch den Gottesstaat. Die Mormonen haben ihn schon in Salt Lake City fast verwirklicht.

Bush ist zwar selber Ölmann, aber er glaubt auch selber an den Mummenschanz. Die Drahtzieher findet man bei den Rockefeller und Konsorten. Bush ist die "Marionette vom Big Business, wie viele Europäer meinen." Er wirkt auch deshalb für die Bibelstrengen glaubwürdig. Billy Graham von der protestantischen Erweckungsbewegung hat ein "*Senfkorn in sein Herz gepflanzt*", und somit ihn vom Trinken entwöhnt.

Er bereitet die evt. Staatsübername durch die Fundis so vor, dass er alle wichtigen Staatsämter mit ihnen schon besetzt hat. Die Gleichschaltung von Staat und Gottesstaatlern wird in den Anfängen schon so vorbereitet, dass es z.B. für alle Soldaten, egal ob Christen, Moslems oder Atheisten, Pflicht ist den gemeinsamen Gottesdienst zu besuchen. Die Gleichschaltung in den Medien ist schon fast vollzogen und auf den Anti-Kriegs-Demonstrationen hagelt es Massenverhaftungen.

Unsere Freunde von der Antikriegsbewegung in den USA müssen sich warm anziehen. Die europäischen, asiatischen, lateinamerikanischen, australischen und afrikanischen Kriegsgegner werden sie massiv unterstützen müssen. Wir müssen die Entwicklung der Gottesstaatler in Amerika genauestens beobachten und rechtzeitig bei den öffentlichen Auftritten von ihnen uns in die Quere stellen. Auch im Ausland werden sie Gruppen aufbauen wollen.

**Stoppt die christlichen Fundamentalisten!
Wehret den Anfängen!**

Der Krieg um Öl und Weltherrschaft. Klassenkampf statt Atomkrieg! Wie ernst muß man die Atomkriegspläne der Bush-Administration nehmen?

- Norbert Nelte -

Die Welt steht vor einem gewaltigen Umbruch. Die Konkurrenzgesellschaft kann dem Menschen keine Zukunft mehr bieten.

Großbritannien konnte noch friedlich seine Weltherrschaft an die USA übergeben, weil es wußte, daß es seine Profite weiterhin erzielen konnte.

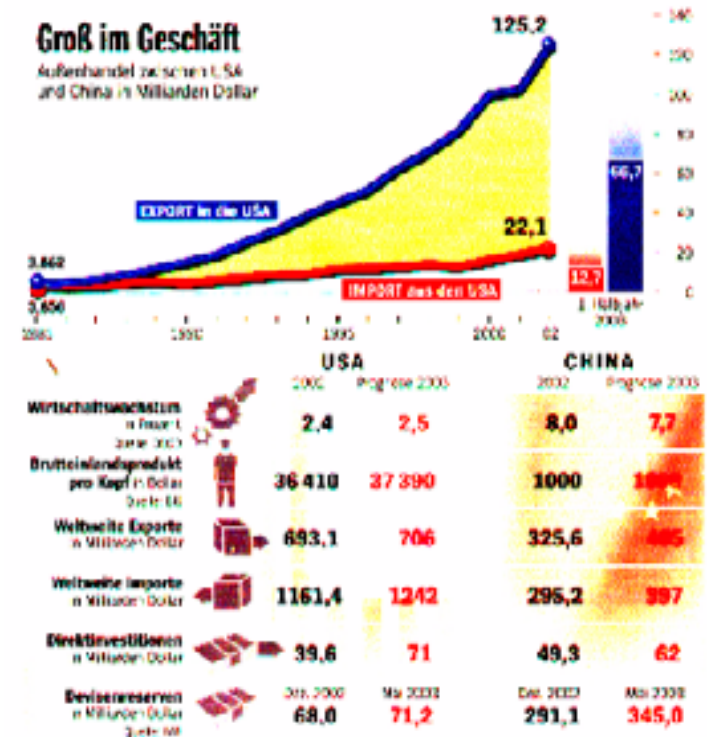
Nicht so die USA mit China. Die Profitrate ist inzwischen so niedrig, daß eine lohnende Investition nur noch über die Kürzung des Lohnes über die Reproduktionskosten des Arbeiters hinaus getätigt werden kann. Der Kleingewerbetreibende macht schon pleite, bevor er überhaupt eröffnet hat.

China ist in dieser Weltlage mit seinen Durchschnittslöhnen von 60 Cent glänzend positioniert. Die Arbeiter dort empfinden diesen Dumpinglohn gegenüber dem aus Maos Mittelalter als Wohltat und produzieren dennoch so rationell wie in Wolfsburg.



Dagegen können die USA und kein alter Industriestaat anstinken. Löhne von 60 Cents würden in Amerika, Europa, Australien, Japan und den Tigerstaaten einen Flächenbrand auslösen, den das Kapital nicht mehr heil überleben würde.

Also macht China weiter Sonderprofite und erobert den amerikanischen Markt. Jeder vierte Waschmaschine und die Hälfte aller Kameras dort kommen aus Rotchina. Die Grabstein-, die Computer- und die Textilindustrie werden von der chinesischen Wirtschaft überrollt. Während die USA im Jahre 2002 nur 22,1 Mrd. Dollar nach China exportierten, importierten sie 125,2 aus dem Reich der „Gelben Gefahr“.



Schon 2015²³ wird China die USA wirtschaftlich eingeholt haben und allein in der Computerindustrie nach eigenen Angaben bereits 2006. Chinas Wirtschaft wächst jährlich um durchschnittlich 7%.

²³ Nach Berechnung der OECD und 'Wirtschaftswoche'.



Der Bestand an zivilen Kraftfahrzeugen in China stieg 1999 in einem Jahr um mehr als das Fünffache von 1,6 auf 8,5 Millionen.²⁴ VW plant deshalb auch

„in den nächsten fünf Jahren mehr als sechs Milliarden Euro dort zu investieren, so viel wie in den gesamten zurückliegenden 15 Jahren. Deutschlands Firmen setzten hier im ersten Halbjahr 30 Prozent mehr Güter ab als noch in den ersten sechs Monaten 2002. Ohne den Zuwachs an Chinaausfuhren wäre der deutsche Export ins Minus gerutscht.“²⁵



²⁴

²⁵ Statistisches Bundesamt 2002

'Wirtschaftswoche', 2.10.2003, Nr. 41, S. 26

20% aller chinesischen Exporte gehen in die USA und 69% in andere asiatische Länder, wovon dann ca. 50% wieder nach Amerika gehen. Mit gut 50% Export nach den USA von 21% Export des Bruttosozialproduktes ist China nach wie vor von dem Konjunkturmotor Amerika abhängig. Für das Jahr 2004 rechnen die Analysten auch mit einem Aufholen der USA und einer Stagnation in Asien. China wird deshalb auch im Jahr 2015 noch lange nicht selber die Weltherrschaft übernehmen können. Es kann aber heute schon der Supermacht gewaltige Steinbrocken in den Weg legen. Es hat heute schon mit 52, 7 Milliarden Dollar ausländischer Direktinvestitionen vom Platz 1 verdrängt und droht mit seinen heute schon 20 Millionen Kraftfahrzeugen den Ölpreis in weltwirtschaftlich unverträgliche Höhen zu treiben.

Senatoren und Kongreßmitglieder, voran die demokratischen Senatoren Hillary Clinton und Charles Schumer fordern dann auch von dem „gottgesandten“ Präsident Bush, „vor der Flut chinesischer Billigwaren, die das Land zu überschwemmen drohe, endlich 'direkte Maßnahmen' zum Schutz der heimischen Wirtschaft einzuleiten“. „Es ist an der Zeit, daß wir in unseren Handelsbeziehungen mit China ein wenig die Muskeln spielen lassen“²⁶, drohte der Demokrat Schumer. Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften fordern bis zu 80% Handelszölle.

Hochzollpolitik aber, weiß man seit 100 Jahren, kehrt sich nur gegen einen selber. Handelskriege haben deshalb immer zu militärischen Kriegen geführt. Das weiß auch die Bush-Administration und richtet sich schon auf einen Endlösungsatomkrieg gegen China ein.

Die „Los Angeles Times“ veröffentlichte ein Geheimreport des Pentagon, das „ausdrücklich regionale Konflikte wie den Nahostkrieg, einen Angriff Nordkoreas auf den Süden der Halbinsel oder einen Übergriff Chinas auf Taiwan als Auslöser für Atomschläge nennt...

Sieben Staaten müssen sich auf das Schlimmste gefaßt machen. Sie werden in dem Bericht als Gegner Amerikas ausdrücklich benannt und sollen im Kriegsfall mit Atomwaffen beschossen werden. Darunter ist die "Achse des Bösen", der Irak, Iran und Nordkorea, aber auch Libyen, Syrien und die Großmächte Rußland und China.“²⁷.

1992 hatte schon der jetzige stellvertretende Kriegsminister Wolfowitz in seinem "Defense Planning Guidance" das Kriegsziel des Rivalen China in Ostasien genannt, das auch von den Demokraten abgesegnet wurde:

„1. Hauptziel ist die Verhinderung des (Wieder-)Aufstiegs eines neuen Rivalen durch Sicherung der eigenen militärisch-technologischen Überlegenheit. Dies verlangt jede Anstrengung, feindliche Mächte an der Kontrolle einer Region und ihrer Ressourcen sowie an damit verbundenen globalen Machtambitionen zu hindern. Diese Regionen schließen Westeuropa, Ostasien, das Territorium der früheren Sowjetunion und Südwestasien ein“²⁸.

Nordkorea wird er ja wohl damit nicht gemeint haben (Die jetzigen verbalen Attacken dienen nur der Isolierung bzw. Einkreisung Chinas) und Rußland kämpft bereits gegen die Agonie an.

²⁶

²⁷ Spiegel vom 25.8.2003 Nr. 35, S 60.

²⁸ 'Los Angeles Times' nach Spiegel-online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,186407,00.html>
"Hegemonialer Internationalismus" von Prof. Stefan Fröhlich, FAZ, 10.04.03, Nr. 83 nach http://geh-nicht-hin.de/hegemonialer_imperialismus.htm

Der Leser wird sich spätestens jetzt fragen, so unvernünftig werden doch die US-Boys nicht sein, denn das würde ja angesichts des Atomwaffenarsenals, das 50 mal die Erde zerstören kann, zum Untergang der ganzen Menschheit, also auch zum US-eigenen führen.

Natürlich wird kein Krieg mit der Atombombe angefangen. Wenn aber mit herkömmlichen Waffen kein Vorankommen mehr ist, dann soll wie in Hiroshima der alles durchdringende Tod eingesetzt werden.

„Ein Atomkrieg, so schreiben die Pentagon-Autoren, soll an drei Bedingungen geknüpft sein: Angriffsziele können mit herkömmlichen Waffen nicht bekämpft werden, die USA wurden mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen angegriffen oder es entwickelt sich "eine überraschende militärische Lage".²⁹



²⁹ Unterschrieben von dem US-Kriegsminister Donald Rumsfeld: 'Los Angeles Times' nach Spiegel-online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,186407,00.html>

Diese Aggression wurde von den Demokraten wie alle Kriegspläne bereits abgesegnet. Es handelt sich also nicht nur um einen durchgeknallten Cowboy, sondern hinter diesem Weltkrieg steht das amerikanische Kapital. Sie drohen bei jeder kleinen Belastung mit Kapitalflucht, bei diesen einschneidenden würden sie allemal sich davonmachen, wenn sie damit nicht einverstanden wären. Letztlich stehen alle nichtbetroffenen Staaten bis auf nebensächliche Punkte hinter Bushs Kriegspolitik, denn die USA sind die einzigen Garanten des Kapitalismus.

Alle Angriffskriege wurden nie von der Vernunft geleitet. Amerika steht angesichts des chinesischen Lohndumpings mit dem Rücken an der Wand und das es zu diesem Konflikt bereit ist, konnte man schon öfters sehen.

1999 wurde die chinesische Botschaft unter dem Befehl des Demokraten Clinton zerbombt. Dann weiß man von den US-Spionageflugzeugen, als eines von den Chinesen abgeschossen wurde. Amerika behielt sich das Recht vor, weiter Spionageflüge zu unternehmen und China antwortete mit der Ankündigung von der ständigen Umkreisung Amerikas durch U-Boote mit Atomwaffen.

Zu guter Letzt lieferte Boeing dem chinesischen Vorsitzenden ein Präsidentenflugzeug aus, das voll mit Wanzen bestückt war. So viel zur Diplomatie zwischen den beiden Kampfahnen, die wegen Taiwan noch immer keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen haben.

Das die Vereinigten Staaten diesen Kampf ernsthaft aufnehmen wollen, zeigen sie ja bereits in dieser als "Anti-Terror-Krieg" bemäntelten Phase, bei der es in Wirklichkeit um das Einsammeln der für diesen Endkampf notwendigen Ölfelder geht.

So zieht auch der britische Ex-Umweltminister Michael Meacher, der im Juni 2003 seinen Posten verlor, aus der ganzen Analyse um die CIA-Machenschaften um den 11. September herum, daß der

*"'globale Krieg gegen Terrorismus' alle Kennzeichen eines politischen Mythos hat, der propagiert wird, um den Weg für ganz andere Pläne frei zu machen - das amerikanische Ziel der Weltherrschaft, gestützt auf die gewaltsame Kontrolle über die Ölreserven, die nötig sind, um das ganze Projekt in Gang zu halten."*³⁰

Gleichlautend äußerte sich auch Tam Dalyell, Labour-Abgeordneter, rangältestes Mitglied des Unterhauses und einer der führenden Rebellen gegen einen Irakkrieg, meinte:

"Das ist ein Plan für die Weltherrschaft der USA - für eine neue Weltordnung nach ihrem Gusto. Diese sind die Gedankengänge amerikanische Phantasten, die die Welt kontrollieren

³⁰ 'Guardian' nach [www http://www.wsws.org/de/2003/sep2003/meac-s13.shtml](http://www.wsws.org/de/2003/sep2003/meac-s13.shtml)

wollen. Ich bin entsetzt, das ein britischer Labour-Premier mit einer Bande von solcherart moralischer Statur ins Bett steigt." ³¹

Warum ist für die Aufrechterhaltung der Weltherrschaft das Öl wichtig?

Zum ersten verschlingt ein Krieg viel Öl, besonders ein so gewaltiger mit einem Riesenreich. Da gilt es, jederzeit auf die Ressourcen den Zugriff zu haben. und dem Feind die Quellen abzugraben. Ich kann nicht erst die Araber fragen, mir Öl zu verkaufen, weil ich gegen ihren Kunden Krieg machen will.

China selber fördert nur 164 Mil. Tonnen Erdöl (2001). Da kann man es empfindlich treffen, wenn man seine Lieferanten einkassiert.

Zum anderen benötigt die USA für die ständige Weltmachtspolitik viel Öl., um die Länder mit Bestechungen und Erpressungen von sich abhängig zu machen. Als Nordkorea mit der Atombombenforschung drohte, stellte die USA ihr den Ölhahn ab. Als Japan den Export von Autos in die USA zu erhöhen drohte, drohte Amerika den Ölhahn zuzudrehen. Damals hatte die USA noch Öl und die Erpressung funktionierte. Heute aber produziert die USA nur noch 300 Millionen Tonnen, verbraucht aber selber fast 1 Milliarde pro Jahr und es liefert China an Nordkorea Öl und das Atomprogramm wird dort weiter betrieben. Die USA müßte jetzt gleich mit der teuren und risikoreichen Keule drohen, wollte es Nordkorea in die Knie zwingen.

Der Zusammenhang zwischen Weltherrschaft und Öl ist nicht nur eine Erfindung der Systemkritiker oder eines Insiders, sondern wird auch von ihnen in dem Papier über die 'Verhinderung des (Wieder-)Aufstiegs eines neuen Rivalen' selber betont

„Zugang zu den wichtigsten Rohstoffen, besonders den **Ölvorräten** am Persischen Golf“, wird dort 1992 als Kritik an dem Rückzug aus dem Irak 1991 gefordert.

Konsequenterweise führt der Plan für die Schaffung einer "globalen Pax Americana" von Dick Cheney (dem jetzigen Vizepräsidenten), Donald Rumsfeld (Kriegsminister), Paul Wolfowitz (Rumsfelds Stellvertreter), George W. Bushs jüngerem Bruder Jeb und Lewis Libby (Cheneys Stabschef). im September 2000 die Weltherrschaftspläne von 1992 fort. Der Plan

„orientiert auf einen "Regimewechsel" in China und betont, "es ist an der Zeit, die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Südostasien zu verstärken". Dies sollte dazu führen, daß "durch die Macht Amerikas und seiner Verbündeten der Demokratisierungsprozess in China vorangetrieben wird"; ³²

³¹

³² 'Sunday Herald' nach [www http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/regime.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/regime.html)
Ebda.



Scheiße, die Chinesen kommen

Man braucht also nicht glauben, daß man um die Zuspitzung auf den atomaren Zusammenstoß zwischen den beiden Kontrahenten herumkäme. Die beiden jagen wie zwei Hochgeschwindigkeitszüge unwiderbringlich aufeinander zu und nur die Arbeitnehmermassen werden den Aufprall verhindern können und werden dies auch verhindern, indem sie einfach den US-Blitz, der auf dem falschen Gleis fährt, entgleisen lassen. Das heißt, sie lassen weltweit einfach die Räder stillstehen und die Konkurrenzloks haben einfach kein Dampf mehr.

Schließlich lieferte das Husarenstück vom 11. September der Bush-Administration zunächst die Begründung für die Weltöffentlichkeit, für ein aktives Vorgehen gegen

„solche Staaten, die den globalen Führungsanspruch Washingtons seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu bestreiten versuchen.“³³

und für einen mindestens zehnjährigen Waffengang, wie Rumsfeld damals erklärte.

Warum wir so sicher sein können, das alles nur getürkt war? Nun erstens sehnten sie es selber herbei. Sie schrieben:

„Eine strategische Analyse, von der PNAC-Fabrik im September 2000 kurz vor den Präsidentschaftswahlen unter dem Titel »Die Wiederherstellung der amerikanischen Verteidigung, Strategien, Streitkräfte und Ressourcen für ein Neues Amerikanisches

33

"Hegemonialer Internationalismus" von Prof. Stefan Fröhlich, FAZ, 10.04.03, Nr. 83 nach http://geh-nicht-hin.de/hegemonialer_imperialismus.htm

Jahrhundert« veröffentlicht, wies auf die Gefahr hin, daß bei fortlaufendem Trend dieser laschen Haltung zu Verteidigungsfragen die weltweite amerikanische Vorherrschaft nicht mehr lange aufrechterhalten werden könnte, es sei denn: »ein katastrophales und katalysierendes Ereignis tritt ein, wie ein neues Pearl Harbor«, das die Bereitschaft der amerikanischen Gesellschaft zu Opfern wieder erhöht.»³⁴

Zweitens wurde schon lange vor dem 11. September der Krieg beschlossen. Nach der Berliner Konferenz über die afghanische Ölpipeline zwischen den Amerikanern und den Taliban im Juli 2001 erklärte der ebenfalls anwesende pakistanische Botschafter nach ihrem Scheitern, daß die Invasion der Amerikaner bevorstehe.³⁵ Ebenfalls hatte Bush den Angriffsbefehl für Afghanistan schon 2 Tage vor dem 11. auf seinem Schreibtisch liegen., was bei der Anhörung im Kongreß zutage trat.³⁶

Drittens sind fast alle Fakten des 11. September nicht stimmig. Wenn man allein die unstrittigen nimmt, sieht man, daß der CIA seine Finger im Spiel hatte. Unstrittig sind z.B. das späte Auffliegen von Abfangjägern, daß die Entführer nicht in der Passagierliste erschienen, daß das Loch im Pentagon nur 1,50m groß war, daß in und um das angebliche Absturzloch keine Flugzeugwrackteile zu sehen sind und daß die Entführerpiloten ihre Ausbildung in den USA bekamen.

Der CIA konnte scheinbar sie nicht aufspüren, obwohl er doch aus aller Welt Hinweise bekam. Andererseits wußte er sofort am 12. die komplette Entführerliste, obwohl diese doch nicht auf der Passagierliste standen und keine Leichen gefunden wurden.

Als Erklärung für das nur 1,50m große Loch im Pentagon, in das angeblich ein Entführerflugzeug flog, lieferte der Spiegel ein glorreiches Verarschungsstück. Vor dem Aufprall hätte sich die Flugzeughülle nach hinten abgeschält, dann sei der Rest mitsamt Passagieren, Sitze, Cockpit, Fahrwerk und Gepäck auf 1,50m Größe geschmolzen und hätte das Loch geschlagen. Danach verpulverisierte es und außerhalb auch die Flugzeughülle. Deshalb sei von dem Flugzeug nichts mehr zu sehen, aber am nächsten Tag kannte man genau die Entführerliste. Der Siegelleser gewinnt den Eindruck, das diese Ausgabe direkt aus der Landesklinik kommt.

Nach der Devise, das Publikum will verblödet werden, handelte auch die ARD. Erst zeigte sie den Dokumentarfilm „Aktenzeichen 11.9. ungelöst“ in dem sie das Loch zeigt, wo angeblich das 4. Flugzeug abgestürzt sei. Weit und breit sind keine Flugzeugwracks. zu sehen. Zeugen werden interviewt, die auch nirgendwo Flugzeugteile sahen.

Später interviewt die Moderatorin in ihrer ARD-Sendung den SPD-Ex-Geheimdienstchef von Bülow und erklärt ihm, daß alle Zeugen ihre Aussage zurückgezogen hätten.

Liebe Frau Maischberger, deshalb kann man in dem Film ihres Fernsehsenders dennoch keine Flugzeugwrackteile sehen. Das kann nur den Schluß zulassen, daß die Zeugen unter Druck gesetzt wurden, beispielsweise damit, daß sie die nationale Sicherheit gefährden werden würde. Wahrscheinlich sind auch sie unter Druck gesetzt Angela Baer erklärt, daß sie sich deutsche

³⁴

³⁵ junge welt vom 29_03_2003 - <http://www.jungewelt.de/2003/03-29/004.php>

³⁶ www.wdr.de/tv/weltspiegel/20011028_afghanistanundberlin.html

nach junge welt vom 29_03_2003 - <http://www.jungewelt.de/2003/03-29/004.php>

Soldaten im Irak vorstellen könne und die deutsche Regierung sich wahrscheinlich wegen der Aufträge zu einer Mitarbeit in der Irakfrage durchringt, im gleichen Moment die deutschen Medien plötzlich von einer US-kritischen Berichterstattung auf eine imperialismustreue umgeschwenkt ist. Seitdem Außenminister Fischer auch einen Krieg gegen den Iran befürwortet, ist es ganz still geworden in dieser Frage. Die Kriegsgegner müssen lernen, zwischen den Zeilen zu lesen.

Die Gleichschaltung der Medien ist doch ein Zeichen dafür, daß hier Ungeheuerliches vertuscht werden soll. Der Atomkriegsplan soll nicht wie eine Olympiade in alle Wohnstuben übertragen werden.

Wer aber sich informiert, besonders im Internet, weiß das diese Pläne existieren

*Als "Dynamit" bezeichnet denn auch laut Los Angeles Times der Atomwaffenexperte Joseph Cirincione von der Carnegie Endowment for International Peace, einem Think-Tank in Washington, das Papier. Sollten die mörderischen Waffen wirklich zum Einsatz kommen, wären Krisengebiete wie Afghanistan bald von Strahlung verseucht und damit unbewohnbar. Flüchtlingsströme ungeahnten Ausmaßes würden sich in Bewegung setzen. Die Dritte Welt würde nicht nur soziale Wüste bleiben, sondern in weiten Teilen in eine Nuklearwüste verwandelt."*³⁷



Lieber Gott, gib uns das Öl

³⁷ 'Los Angeles Times' nach Spiegel-online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,186407,00.html>

Aber das PNAC-Pack plant nicht nur einige Dritte-Welt-Länder zu verstrahlen, sondern auch die ganze Welt, indem sie auch einen Waffengang mit den Atommächten plant. China aber ist mit konventionellen Waffen niemals zu beherrschen. Was bleibt ist die Logik vom Atomschlag und Gegenschlag ohne Ende.

„Selten hatte ein Papier soviel Brisanz, wie der am Samstag von der Los Angeles Times beschriebene Geheimreport des Pentagon. Darin vollzieht die US-Regierung einen fundamentalen Schwenk, die Abkehr von der Abschreckungsdoktrin des Kalten Krieges: Atomwaffen sollen nicht mehr nur als strategisches Abschreckungspotential wirken, sondern in Zukunft gezielt in regionalen Konflikten zum Einsatz kommen....“

Sieben Staaten müssen sich auf das Schlimmste gefasst machen. Sie werden in dem Bericht als Gegner Amerikas ausdrücklich benannt und sollen im Kriegsfall mit Atomwaffen beschossen werden. Darunter ist die "Achse des Bösen", der Irak, Iran und Nordkorea, aber auch Libyen, Syrien und die Großmächte Russland und China”³⁸

Bliebe uns dann nur noch die Frage, wer das Licht ausknipst, Mr. Pentagon? Nein, da habt ihr die Rechnung ohne die Weltarbeiterklasse gemacht.

Allein in Europa sind das 85% aller Menschen. 20 Millionen waren bereits gleichzeitig an einem Tag auf der Straße.

Und die Kriege bringen die Weltwirtschaft so ins Schlingern, daß die Arbeitermassen bluten müssen. In den Kriegen sinkt die Käufernachfrage und die Investitionsbereitschaft und steigen die Ölpreise, die zusätzlich den Wirtschaftsmotor erlahmen lassen.



³⁸ Ebda.

Weltweit gibt es überall ständig massenhaft Demonstrationen, Streiks bis hin zu Generalstreiks. Und es hat noch gar nicht richtig angefangen. Noch werden die Massen erst aktiv, wenn ihre Führung ruft. In Deutschland hat dies zur Folge, daß es kaum Demonstrationen gibt, weil die Gewerkschaftsführung mit der Regierung verhandelt ist. Hier waren deshalb die Polizeibeamten die Avantgarde, einmal weil ihr Gehalt als Beamte 2004 15 - 20% (da sind die 10% mehr für die Sozialausgaben noch gar nicht mit eingerechnet) schon gekürzt wird und zum zweiten, weil ihre Gewerkschaft und Beamtenbund weniger mit der Regierung verbunden sind.

Überall weltweit lassen die Herrschenden die Arbeiter die Zeche zahlen. Jedes Jahr werden die kleinen Leute 20% weniger haben. In jedem Land jammern die Reichen, daß die Arbeitskosten zu hoch wären und damit sie auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig werden, müssen wir (gemeint sind die Kleinen) den Gürtel enger schnallen. Weil aber in jedem Land gekürzt wird, ist ein Einholeffekt wieder aufgehoben. Letztlich müssen wir mit den 60 Cent in China konkurrieren.

Die Arbeitermassen werden lernen müssen, für ihre Interessen zu kämpfen, auch ohne ihre Gewerkschaftsführung. Dabei werden sie sich eine neue Führung geben und auch lernen, sich für die Interessen Anderer einzusetzen, z.B. gegen den Krieg.

In den Aufständen in der Geschichte war es nicht nur notwendig, das die unten nicht nur so weiter leben wollten, sondern auch die oben so leben konnten. Beispielsweise hatte in der zuende gehenden DDR das Zentralkomitee erst festgestellt, daß sie pleite sind und niemand mehr ihnen ein Kredit gab, ohne an das bürokratische Selbstverständnis zu rütteln. 2 Tage später überrollten die Leipziger Arbeitermassen mit links den diktatorischen Moloch.

Genauso pleite werden die privatkapitalistischen Imperialisten sein. Bush jammert heute schon, daß ihm die Kriege zu viel Geld verschlingen, überall sind die Staatssäckel leer und der blasse Hans wird immer blässer, wenn er ein neues Haushaltsloch verkündet.

„Tasche leer, Schnauze voll“, demonstrieren die Kollegen. Es ist nicht mehr fern, unser Land.³⁹

³⁹

Damit die Ungeheuerlichkeit auch glaubhaft ist, habe ich mich fast nur auf etablierte Zeitungen gestützt. Letztlich sollte man sich aber auch die Original-Pentagon-Papiere zu Gemüte führen: <http://www.newamericancentury.org-RebuildingAmericasDefenses.pdf>



Tasche leer, Schnauze voll

